

infobrief

eu & international

Inhalt

Chinas Plan zur sozio-ökologischen Wende Wie macht China Klimapolitik?	2
Globale Vorreiterrolle der EU Ehrgeizige Klimaziele auch auf anderen Kontinenten	10
Zentrale Herausforderung am Weg zur Klimaneutralität Wie kommt das „gerecht“ in den Übergang?	12
Rede zur Lage der Union 2023 Viel Pathos, aber auch Substanz	15
EU-Haushaltsplanung 2021-2027 mit deutlichen Lücken EU-Budget im Zeichen der Krisen	20
Demokratien unter Druck Reicht das Demokratiepaket der Europäischen Kommission aus?	25
Buchbesprechung: Tage im Feuer: Überlebt die Demokratie die Klimakrise?	30

EDITORIAL

Dass die Klimakrise eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist, haben die extremen Wetterereignisse der letzten Monate erneut bestätigt. Vor diesem Hintergrund setzt unsere aktuelle Ausgabe einen klimapolitischen Schwerpunkt. Eine Analyse von Chinas Plan zur sozio-ökologische Wende macht Hoffnung, dass das Land seiner Rolle als „ökologische Schicksalsmacht“ gerecht wird. Allerdings zeigt ein weiterer Beitrag, dass global die Ziele und Maßnahmen noch nachgeschärft werden müssen, um das Pariser Klimaabkommen einzuhalten. Auch die Frage, wie die Klimakrise sozial gerecht bewältigt werden kann, bleibt aktuell und wichtig. Abgerundet wird unser klimapolitischer Schwerpunkt mit der Vorstellung eines Buches, in dem es um die Frage geht, ob und wie die Demokratie in der Klimakrise überlebt.

Weitere Beiträge befassen sich mit der aktuellen Rede von Kommissionspräsidentin von der Leyen zur Lage der Union, mit der angespannten Lage beim EU-Budget und den Anpassungen, die die Kommission im Rahmen der Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens vorgeschlagen hat, sowie mit den demokratiepolitisch beunruhigenden Entwicklungen in einigen EU-Staaten, denen die Kommission mit dem Demokratiepaket entgegenzuwirken versucht.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!
Die Redaktion

Schreiben Sie uns Ihre Meinung, Wünsche, Anregungen und Kritik an eu@akwien.at

IMPRESSUM:

Herausgeberin und Medieninhaberin Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 1040 Wien, Prinz Eugen Strasse 20-22, Telefon +43 1 501 650 · Offenlegung gem § 25 des Mediengesetzes siehe wien.arbeiterkammer.at/offenlegung · Zulassungsnummer AK Wien 02Z34648 M · Redaktion Sarah Bruckner, Frank Ey, Monika Feigl-Heihs, Oliver Prausmüller, Norbert Templ, Valentin Wedl · Grafik Julia Stern · Verlags- und Herstellungsort Wien · Erscheinungsweise 4 Mal jährlich · ISSN 2409-028X · Blattlinie Die Meinungen der Autor:innen · Kostenlose Bestellung unter <http://wien.arbeiterkammer.at/euinfobrief>



CHINAS PLAN ZUR SOZIO-ÖKOLOGISCHEN WENDE WIE MACHT CHINA KLIMAPOLITIK?

Von
Lia Musitz

Die EU setzt mit dem Green Deal ihren politischen Kurs, Vorreiter eines ökologischen Umbaus der globalen Wirtschaft zu werden. China ist ein bedeutender Verbündeter im weltweiten Kampf gegen den Klimawandel. Als Werkbank der Welt ist das Land auch ihr größter Produzent von Treibhausgasen. Um dem entgegenzuwirken, setzt die chinesische Regierung seit einigen Jahren auf eine Umwelt- und Klimapolitik im Zusammenspiel mit einem industriellen Wandel. So schaffte die Regierung erfolgreich Anreize für die Entwicklung global führender grüner Technologien.

China hat eine Hauptrolle in der Abmilderung des Klimawandels

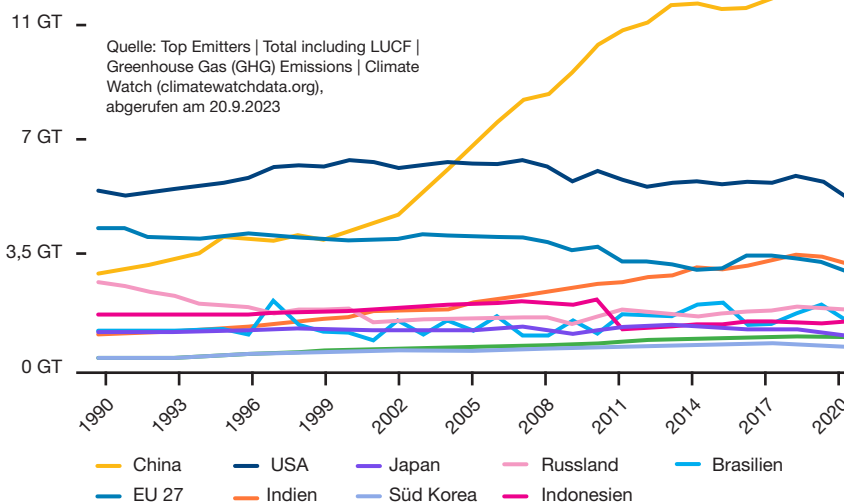
Wollen wir die Abmilderung des globalen stattfindenden Klimawandels für den Menschen in Angriff nehmen, kommt es nicht nur auf die EU an. Die Volksrepublik China ist der größte Emittent von Treibhausgasen und ein wichtiger Kooperationspartner.

Im Jahr 2020 emittierte die Welt laut Climate Watch¹ 47,5 Gigatonnen an Treibhausgasen, ein leichter Rückgang zum Vorjahr. Mit 12,3 Gigatonnen gingen knapp 26 Prozent auf das Land der Mitte zurück. Im Jahr 2018 entfielen im Energiesektor 59 Prozent der gesamten CO₂-Emissionen² Chinas auf Kohlekraft. Sie ist der entscheidende Faktor in Chinas Umweltbelastung.

Die USA sind mit rund 5,3 Gigatonnen oder über 11 Prozent der zweitgrößte Verursacher von Treibhausgasen weltweit. Seit 2019 haben Indiens Emissionen knapp die EU als drittgrößten Treibhausgasemittenten verdrängt. 2020 entfielen jeweils 6,7 und 6,2 Prozent auf beide Länder.

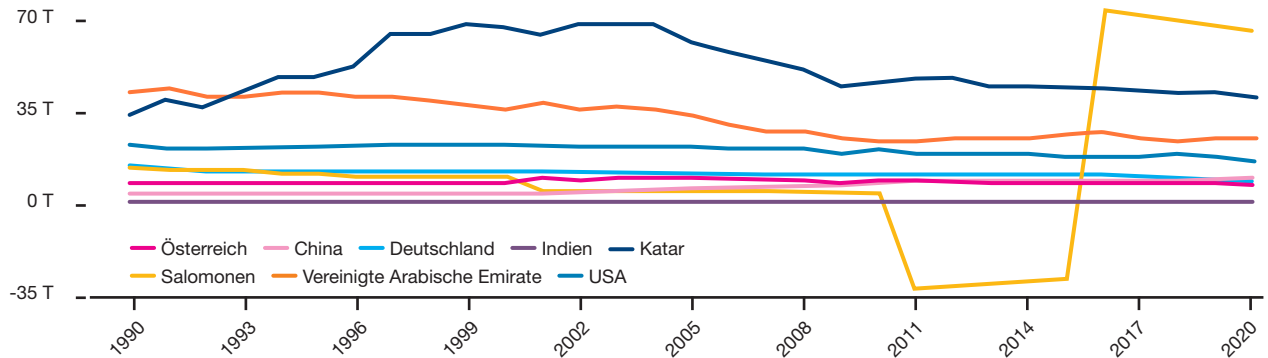
Blicken wir auf den pro Kopf Ausstoß von Treibhausgasen, zeigt sich, dass die höchsten Emissionen auf Öl abbauende Staaten zurückgehen³. Die USA weist 2022 wiederholt einen beinahe doppelt so hohen Verbrauch auf als China, das mit Deutschland vergleichbar ist. Indien ist zwar nun der drittgrößte Emittent, aber sein pro Kopf Ausstoß liegt weit unter anderen Staaten.

CO₂-Emissionen in GT



In China und Indien leben jeweils rund ein Fünftel der Weltbevölkerung. Die absolut gesehen höheren Emissionen der beiden Länder hängen auch mit ihrer großen Bevölkerungszahl zusammen. Außerdem führte die Auslagerung der Produktionsstätten⁴ von Industriestaaten nach China seit Ende der 1970er Jahre dazu, dass es als Fabrik der Welt die Umweltverschmutzung für einen nicht unbeträchtlichen Teil des westlichen Warenkonsums auf sich nimmt. Der französische Ökonom Robert Boyer⁵ bezeichnet Chinas Entwicklung zur Werkbank der Welt als Spiegelbild zu Amerikas Stra-

Chinas Plan zur sozio-ökologischen Wende: Wie macht China Klimapolitik?

CO₂-Emissionen pro Kopf

Datenquelle: Climate Watch;
Standorte: Österreich, China,
Deutschland, Indien, Katar,
Salomonen, Vereinigte
Arabische Emirate, Verein-
igte Staaten; Sektoren/
Teilspektoren: Insgesamt
einschließlich LUCF; Gase:
Alle Treibhausgase; Berechnung:
Pro-Kopf; Daten nach
Ländern sortiert.
(climatewatchdata.org),
abgerufen am 20.9.2023.

tegie „einer Wirtschaft ohne Produktion“, die auf Finanzdienstleistungen fußt.

Ein Vergleich der Verringerung der nominalen Emissionen der USA bei gleichzeitiger Zunahme in der VR China verdeutlicht, dass die Energie und die Materialien für Produktionsstätten einen erheblichen Anteil an Treibhausgasen ausmachen.

Aufgrund seines hohen Ressourcenverbrauchs spielt China jedenfalls die Hauptrolle, um gemeinsam eine globale sozio-ökologische Wende zu vollziehen.

China bekennt sich zur globalen Klimapolitik

Zeigte sich vor einem Jahrzehnt Chinas Bekenntnis zur globalen Klimapolitik noch reserviert, hat sich das in den letzten Jahren grundlegend geändert.

2009 scheiterte ein gemeinsames bindendes Abkommen beim Klimagipfel in Kopenhagen, weil Entwicklungsländer, allen voran China, Ausnahmen bei Emissionsreduzierungszielen⁶ für ihren wirtschaftlichen Aufholprozess forderten. Nicht zu Unrecht verwiesen sie darauf, dass die Industrieländer für ihre Wirtschaftsentwicklung, historisch betrachtet, den Großteil der Treibhausgase in der heutigen Atmosphäre verursachten. Die gemeinsame globale Klimapolitik ist ge-

fragt, die Spannungen zwischen Maßnahmen zur Minderung des Klimawandels und sozio-ökonomischer Teilhabe des globalen Südens aufzulösen.

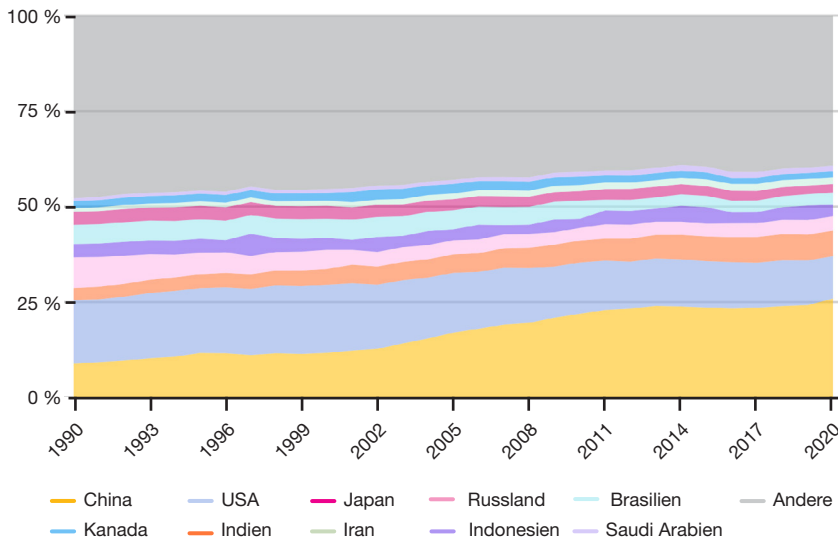
2020 vollzog China eine Wende im Umgang mit der Klimakrise. Bei der Hauptversammlung der Vereinten Nationen kündigte Präsident Xi Jinping „zwei Karbonziele“⁷ an: Bis 2030 wird es den Gipfel seiner CO₂-Emissionen erreicht haben und bis 2060 karbon-neutral sein. Die EU⁸ ist ambitionierter und will Net-Zero Treibhausgas-Emissionen bereits 2050 erreichen.

2021 legt China in seinem 14. Fünfjahresplan zur Energieeinsparung und Emissionsreduzierung vier übergeordnete politische Ziele fest. Erstens verstärkte Vermeidung und Kontrolle von Umweltverschmutzung. Zweitens wird der Aufbau eines kohlenstoffarmen Kreislaufsystems beschleunigt. Drittens eine grüne Transformation wandelt Wirtschaft und Gesellschaft. Ein neues wirtschaftliches Entwicklungsmuster soll soziale Stabilität mit ökologischen Wirtschaftsstrukturen in Einklang bringen. Viertens Erreichung der zwei Karbonziele.

Um sein erstes Karbonziel zur deutlichen Senkung der Karbon-Emissionen bis 2030 zu erreichen, hat sich China zu vier Haupt-

Ein beträchtlicher Teil der Emissionen Chinas geht auf die Produktion für unseren Warenkonsum zurück.

Chinas Plan zur sozio-ökologischen Wende: Wie macht China Klimapolitik?

Treibhausgase weltweit einschließlich LUCFCO₂-Emissionen in Prozent 1990–2020

Quelle: Climate Watch (climatewatchdata.org), abgerufen am 20.9.2023.

China will 2030 seinen Emissionsgipfel erreichen und 2060 karbonneutral sein.

maßnahmen verpflichtet. Erstens eine Reduktion der CO₂-Intensität um 65 Prozent gegenüber dem Niveau von 2005. Dies bedeutet, dass China weniger Kohlendioxid pro BIP-Einheit emittieren wird.

Ein weiteres bedeutsames Ziel bezieht sich auf den Primärenergieverbrauch. Bis 2030 soll China 25 Prozent nicht-fossile Brennstoffe in seinem Primärenergieverbrauch integrieren. Dies spiegelt das Bestreben wider, den Anteil erneuerbarer Energien wie Wind, Sonne und Wasserkraft deutlich zu erhöhen. Um die Umweltbilanz weiter zu verbessern, hat China auch das Ziel, die Wiederaufforstung erheblich zu erhöhen. Die geplante Steigerung um 6 Milliarden Kubikmeter im Vergleich zu 2005 zeigt das Bestreben, die Waldfläche zu erweitern und somit mehr CO₂ aus der Atmosphäre zu absorbieren.

Schließlich plant China, seine Kapazität für erneuerbare Energien drastisch auszubauen. Bis 2030 soll die Gesamtkapazität von Wind- und Solarkraftanlagen über 1.200 Gigawatt (GW) erreichen. Dies würde China zu einem globalen Marktführer in der grünen Energieproduktion machen.

Externer und interner Druck führten zu Chinas klimapolitischem Umdenken

Im öffentlichen Diskurs wird Chinas zunehmendes Engagement für den Klimaschutz oft auf das externe politische Drängen⁹, insbesondere von Seiten der EU, zurückgeführt. Doch die Glaubwürdigkeit von Chinas Klimapolitik basiert ebenso auf dem internen Druck aus der Zivilgesellschaft in den letzten beiden Jahrzehnten, dem Begreifen des Klimawandels als sozio-ökonomische Chance und den bereits deutlich spürbaren Folgen des Klimawandels im Land.

Eine Rekordhitzewelle im vergangenen Jahr ließ selbst den Jangtse stellenweise austrocknen. Wasser fehlte nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für Stromproduktion durch Wasserkraftwerke. Mehrere Lokalregierungen inklusive der Shanghais mussten auf Stromrationierung¹⁰ für die Industrie zurückgreifen. Hatte China einige Kohlenkraftwerke geschlossen, bewilligte die Regierung nun wieder Neubauten¹¹, die Chinas größte im Land verfügbare Energiequelle nutzen. Sie fangen paradoxerweise die kurzfristigen Folgen des Klimawandels auf und befeuern gleichzeitig langfristig einen weiteren Anstieg der Temperaturen. Mit vergleichsweise klimaschonenden Anlagen¹² versucht das Land, dieses Spannungsverhältnis zu mildern.

Industrielle Umweltverschmutzung bringt Chinas polit-ökonomische Stabilität in Gefahr

Chinas beschleunigte Industrialisierung unter Mao Zedong¹³ ging zulasten der Umwelt. So führte beispielsweise die massive Expansion der Landwirtschaft auch in Chinas Grassteppen in der Inneren Mongolei zu Bodenerosionen und einer Ausweitung der Wüste Gobi. Sandstürme bis nach Peking sind heute eine Folge davon. Die Reform- und Öffnungspolitik 1978 setzte daraufhin Umweltschutz auf

Chinas Plan zur sozio-ökologischen Wende: Wie macht China Klimapolitik?

Umsetzungs- zeitraum	Fünf- Jahres- Plan	Zentrale Ziele
2001–2005	10.	<ul style="list-style-type: none"> ■ Restrukturierung der Wirtschaft und ökologische, nachhaltige Entwicklung
2006–2010	11.	<ul style="list-style-type: none"> ■ Gesellschaft mit moderatem Wohlstand (u.a. Abbau sozialer Ungleichheiten) ■ Harmonisierung ökonomischer mit sozialer und ökologischer Entwicklung ■ 10 % des Energiekonsums aus erneuerbaren Energien ■ finanzielle Förderung energieeffizienter Technologien
2011–2015	12.	<ul style="list-style-type: none"> ■ Ausbau Gesellschaft mit moderatem Wohlstand (Stärkung von sozialen Absicherungssystemen) ■ Beschleunigung nachhaltiger Entwicklung ■ „grüne Entwicklung“ durch „ökologische Zivilisation“ (Steigerung des grünen Bewusstseins der Gesellschaft)
2016–2020	13.	<ul style="list-style-type: none"> ■ Gesellschaft mit umfassendem moderaten Wohlstand (Verdoppelung des BIPs und Pro-Kopf-Einkommens im Vergleich zu 2010) ■ Entschleunigung des Wirtschaftswachstums und innovationsgetriebene, koordinierte, grüne Wirtschaftsentwicklung (Anteil Investitionen in Forschung und Entwicklung 2,5% des BIP) ■ Verbesserung der Umwelt, u.a.: <ul style="list-style-type: none"> → Jährliche Senkung des Energieverbrauchs der Industrie um 15 % pro BIP-Einheit → Anteil nicht-fossiler Energie am Primärenergieverbrauch bei 15 % → jährliche Reduktion der CO₂-Emissionen pro BIP-Einheit um 18 % → Reduzierung der gesamten Schadstoffemissionen um jährlich 10–15 %
2021–2025	14.	<ul style="list-style-type: none"> ■ Zum ersten Mal keine quantitativen Vorgaben zum BIP-Wachstum ■ „Duale Zirkulation“: Fokus auf lokale Produktion, Importe nur als Ergänzung ■ Bindende, quantitative Vorgaben für Klimaschutz, u.a.: <ul style="list-style-type: none"> → jährliche Senkung des Energieverbrauchs um 13,5 % pro BIP-Einheit → jährliche Reduktion der CO₂-Emissionen um 18 % pro BIP-Einheit → Steigerung der Waldbedeckungsrate auf 24,1%

Tabelle 1

ihren Entwicklungsplan. Chinas exportgetriebene globale Wettbewerbsfähigkeit durch geringe Produktionskosten ging aber abermals zulasten von Löhnen, Arbeits- und Umweltschutz.

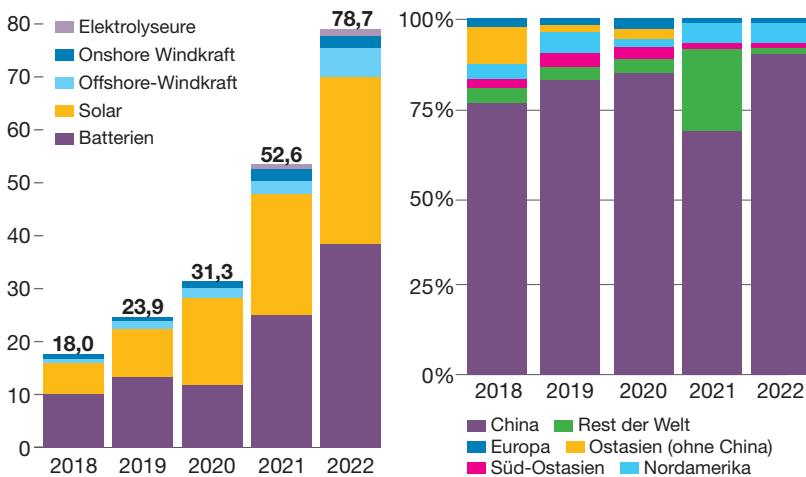
In den 2000er-Jahren brachen in mehreren Regionen gewaltsame Aufstände¹⁴ von Bäuerinnen und Bauern gegen das Management von Industrieanlagen aus. Fabrikabfälle, die Nutzböden verseuchten, gefährdeten ihre Existenzgrundlage. So protestierten 2005¹⁵ 200 ältere Frauen im Dorf Huankantou gegen eine umliegende Chemiefabrik. Sie stand im Verdacht, die angrenzenden Feldfrüchte zu vergiften und zu Missbildungen bei Neugeborenen zu führen. Zwei Demonstrantinnen kamen dabei ums Leben. Auch in den 2010er Jahren protestieren¹⁶ wiederholt Tausende von Chinas neuer Mittelschicht gegen massive Luftverschmutzung. Unter dem Druck stellte die Regierung geplante Industriegroßprojekte¹⁷ ein und schließt seither Fabriken mit hoher Umweltbelastung¹⁸.

Nach den Tian'anmen-Protesten 1989 wird die politische Stabilität des offiziellen Arbeiter- und Bauernstaats erneut durch ökologische und ökonomische Auswirkungen seiner industriellen Umweltverschmutzung erschüttert.

Die grüne sozio-ökologische Transformation als Chance für Chinas Wirtschaftsentwicklung

Chinas autoritärer Einparteiensstaat sicherte traditionell seine Legitimität¹⁹ durch die Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Bevölkerung, insbesondere durch Wirtschaftswachstum. Jedoch ist mit den zivilgesellschaftlichen Protesten gegen umweltschädliche Industrien das Spannungsfeld zwischen Wirtschaftswachstum und Umwelt zunehmend konfliktreicher geworden.

Chinas Plan zur sozio-ökologischen Wende: Wie macht China Klimapolitik?

Investitionen in Fabriken für erneuerbare Energien
 nach Technologie
 (in Mill. US Dollar)


Sektoren inkludieren vorgelagerte Vorleistungen und Komponenten, wie die Herstellung von Polysilizium für PV und Anoden für Batterien. Für Elektrolyseure wurden vor dem Jahr 2022 keine Investitionsdaten aufgezeichnet. Investitionen in Solar vernachlässigen neue Kapazitäten am Ende des Jahres 2022. Das Diagramm auf der rechten Seite exkludiert Windkraft.

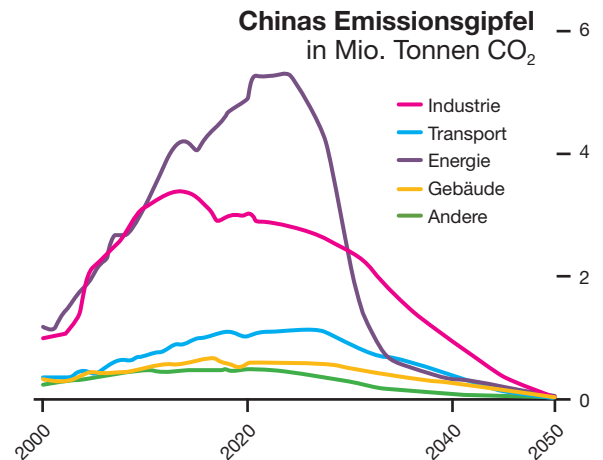
Quelle: BloombergNEF.

Chancen auf globale Marktführerschaft bei grünen Technologien und spürbare Folgen des Klimawandels drängen China zur Klimapolitik.

Die chinesische Regierung reagierte auf diese Herausforderung mit mehreren Schritten, darunter Verschärfungen ihres Umweltschutzgesetzes von 1989 sowie die kontinuierliche Einführung weiterer Gesetze zur Begrenzung industrieller Schadstoffe und des industriellen Energieverbrauchs. Chinas höchste Gerichte²⁰ riefen dazu auf, in richterlichen Entscheidungen die Emissionsminderungsziele zu berücksichtigen.

Die Lösung für diesen Konflikt zwischen Wirtschaft und Umwelt geht jedoch über Gesetze hinaus. Die „grüne Transformation“ wird als eine zentrale Chance begriffen, um die sozio-ökonomische Entwicklung des Landes voranzutreiben.

Gesamtgesellschaftliche Pläne in Form von Fünf-Jahres-Plänen²¹ spielen hierbei eine entscheidende Rolle. Diese Pläne, die alle fünf Jahre von der chinesischen Regierung erstellt werden, definieren langfristige Ziele und Strategien für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes. Sie beeinflussen nahezu alle Aspekte des chinesi-

Chinas Emissionsgipfel
 in Mio. Tonnen CO₂


Im Rahmen des Net-Zero-Szenarios, das einen ehrgeizigen Weg zu einer Netto-Null-Emission bis 2050 aufzeigt, schätzt BloombergNEF, dass Chinas Gesamtemissionen im Jahr 2023 ihren Höhepunkt erreichen. Saubere Energie trägt am meisten zur Emissionsreduzierung bei.

Quelle: BloombergNEF: China Nearing Inflection Point for Solar Power and EVs Ahead of 2030 Target, abgerufen am 20.9.2023.

schen Lebens und sind ein Werkzeug, um langfristige politische Visionen in konkreten Maßnahmen umzusetzen.

Seit 2001 sehen diese Pläne eine Umstrukturierung der Wirtschaft vor, die auf ökologische Nachhaltigkeit ausgerichtet ist und gleichzeitig zu einem breiteren und gerechter verteilten Wohlstand in der Gesellschaft beiträgt (siehe Tabelle 1).

Die nachhaltige grüne Transformation²² konzentriert sich auf die Entwicklung grüner Technologien, die Modernisierung umweltfreundlicher Industrieanlagen und die Verringerung der exportorientierten Produktion, die große Ressourcen für den Warenkonsum anderer Länder verschlingt. Chinas Wirtschaftsplanung setzt dabei auf staatliche Investitionen, Lenkung ausländischer Direktinvestitionen²³ in Entwicklung neuer Technologien, Steuererleichterungen²⁴ und Subventionen.

Diese Maßnahmen sollen nicht nur die Umweltbedingungen verbessern und zum Klimaschutz beitragen, sondern auch Chinas

Chinas Plan zur sozio-ökologischen Wende: Wie macht China Klimapolitik?

Position in globalen Wertschöpfungsketten stärken, den Binnenkonsum als treibende Kraft der Wirtschaft etablieren und neue hochwertige Arbeitsplätze schaffen.

Diese Politik spiegelt Chinas Verständnis wider, den Umweltschutz nicht nur als isolierte Anstrengung zu betrachten, sondern auch als eine wirtschaftliche Entwicklungschance. Dies trägt dazu bei, die Legitimität des Einparteienstaats aufrechtzuerhalten, während gleichzeitig Umweltschutz und wirtschaftliches Wachstum in Einklang gebracht werden.

Chinas grüne Technologien zeigen erste Erfolge bei seiner Emissionsreduzierung

China ist heute weltweit führend in der Produktion und Nutzung von erneuerbaren Primärenergien. Im Jahr 2022 entfiel laut der Internationalen Energieagentur (IEA)²⁵ die Hälfte der weltweit neu installierten Kapazitäten für erneuerbare Primärenergien auf das Land. Für das Jahr 2024 wird erwartet, dass sein Anteil weltweit auf 55 Prozent steigen wird. Im Inland trugen gemäß Chinas Nationaler Energiebehörde (NEA) 2021 erneuerbare Primärenergien rund 30 Prozent zur Stromgenerierung bei. Wobei Wasserkraft mit 16 Prozent die größte Ressource darstellt, vor Windkraft mit 8 Prozent, Solarenergie mit 4 Prozent und Biomasse mit 2 Prozent. Im Vergleichsjahr waren es in der EU nur knapp 22 Prozent.²⁶

In den letzten beiden Jahrzehnten hat sich China als zentraler Produzent von Solar- und Windenergie etabliert und ist zu einem der wichtigsten Entwickler von Batterien²⁷ für die Elektro-Mobilität aufgestiegen.

So verlagerte sich die weltweite Produktion von Solar-PV-Anlagen²⁸ zunehmend von Europa, Japan und den USA nach China. Das Land investierte bis 2022 50 Milliarden

US-Dollar in neue Produktionskapazitäten für PV – das ist zehnmal mehr als Europa. Dies hat dazu geführt, dass China mehr als 80 Prozent der weltweiten Produktionsschritte für Solarzellen kontrolliert, angefangen von der Herstellung von Polysilizium bis hin zu Zellen und Modulen. Dieser hohe Grad der Integration in die Solar-PV-Wertschöpfungskette hat die Kosten für Solar-PV weltweit gesenkt und für Haushalte erschwinglich gemacht. Gleichzeitig wurden Hunderttausende von Arbeitsplätzen in China geschaffen.

Drei Viertel der Batterien für Elektro-Autos²⁹ weltweit werden in China hergestellt. Auch bei der Prozessierung der Rohstoffe für die Batterieproduktion ist China zentral. Abgesehen vom Abbau von Rohstoffen, bei dem das Land eine kleinere Rolle spielt, vereint es alle Schritte der Wertschöpfungsketten für E-Auto-Batterien im Inland. Gleichzeitig ist es der größte Markt für elektro-mobiles Fahren. Laut IEA³⁰ wurden 2022 global mehr als 10 Millionen neue E-Autos verkauft. Der Marktanteil steigt damit auf 14 Prozent. Davon gehen wiederum 60 Prozent auf China zurück. Es ist wiederholt der Vorreiter in der Elektromobilität. Zweitgrößter und drittgrößter E-Automarkt sind die EU und die Vereinigten Staaten. Auf sie fällt jeweils ein globaler Anteil von etwa 20 und 8 Prozent.

Der wachsende Markt für Solarenergie und Elektromobilität in China könnte, laut einer Analyse von Bloomberg NEF³¹, dazu führen, dass das Land seinen Emissionsgipfel bereits in diesem Jahr erreicht, sieben Jahre früher als geplant.

Wie macht China das?

Hohe Investitionen und frühzeitige politische Maßnahmen sind die wichtigsten Faktoren für Chinas grünen Erfolg. Mit 550 Milliarden US-Dollar für erneuerbare Energien³², knapp

Zivile Proteste für Umweltschutz bringen Chinas exportgetriebenes Wirtschaftsmodell ins Wanken.

Chinas Plan zur sozio-ökologischen Wende: Wie macht China Klimapolitik?

der Hälfte des gesamten Investitionskapitals weltweit, ist das Land mit Abstand der größte Investor, wobei Batterien die größten Kapitalflüsse auf sich ziehen.

China wird den Gipfel seiner Emissionen voraussichtlich dieses Jahr, sieben Jahre vor seiner Zielsetzung erreichen.

Werden allein die Investitionen in Produktionsstätten für erneuerbare Energie betrachtet, ist China weltweit konkurrenzlos. Im Jahr 2022 war es beinahe global der alleinige Investor.

Die Unterstützung erneuerbarer Energien durch die chinesische Wirtschaft³³ reicht bis in die späten 1990er Jahre zurück. Damals zielte sie auf eine Reduktion der Produktionskosten und Erhöhung von Chinas globaler Wettbewerbsfähigkeit. Der Durchbruch kam aber 2005 mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz³⁴. Es legt nationale Ziele für erneuerbare Energien fest, bietet finanzielle Anreize und verpflichtet Netzbetreiber, erneuerbare Stromprojekte anzuschließen.

Ein weiterer Meilenstein für erneuerbare Energien sind die oben bereits erwähnten Fünf-Jahres-Pläne, insbesondere der 13. Fünf-Jahres-Plan von 2016. Sie setzten konkrete Ziele für den Anteil nicht-fossiler Energie am Energiemix. Die Umsetzung erfolgte bisher durch großzügige Einspeisetarife und Finanzierungsoptionen, was zu einem raschen Anstieg des Anteils nicht-fossiler Energie führte.

Einpreistarife werden aber für Wind- und Solarenergien aufgrund der hohen öffentlichen Kosten und des boomenden Marktes sukzessive abgebaut. An deren Stelle³⁵ werden öffentliche Ausschreibungen und 20-jährige Verträge mit dem kostengünstigsten Energieanbieter eingeführt. Netzbetreiber werden verpflichtet, eine Mindest-Kapazität an erneuerbaren Energien einzukaufen.

Zusätzlich zur Förderung erneuerbarer Energien legte China einen starken Fokus



BESTELLEN!

Unter <https://wien.arbeiterkammer.at/Newsletter.html> können Sie den EU-Infobrief kostenlos bestellen.

infobrief eu & international: EUROPA UND INTERNATIONALES IN KRITISCHER UND SOZIALER PERSPEKTIVE

Der Infobrief EU & Internationales erscheint 4x jährlich im digitalen Format und liefert eine kritische Analyse der Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene. Die Zeitschrift der Abteilung EU & Internationales der AK-Wien fokussiert dabei Themen an der Schnittstelle von Politik, Recht und Ökonomie. Anspruch ist nicht nur die Prozesse in den europäischen Institutionen zu beschreiben, sondern auch Ansätze zur Überwindung des Neoliberalismus zu entwickeln. Kurze Artikel informieren in prägnanter Form über aktuelle Themen. Langbeiträge geben den Raum für grundlegende Analysen, Buchbesprechungen bieten eine kritische Übersicht einschlägiger Publikationen.

Chinas Plan zur sozio-ökologischen Wende: Wie macht China Klimapolitik?

China ist mit Abstand global der größte Investor in erneuerbare Energien.

auf Energiespeicherung. Lokalregierungen verpflichten zur oder fördern die Integration von Speichertechnologien in Wind- und Solaranlagen.

Wirtschaftlicher Fortschritt und Klimaschutz müssen sich nicht widersprechen

Chinas politisch-ökonomische Strategien machen vor, dass technologische Innovationen für den Klimaschutz die globale Wertschöpfung eines Landes steigern und bessere Arbeitsplätze schaffen kann. Dafür hat es früh angefangen, gesamtgesellschaftliche Pläne zu entwickeln und gezielte Regulierungen und hohe Investitionen einzusetzen.

Diese politischen Maßnahmen haben China zu einem weltweit führenden Akteur im Bereich erneuerbare Energien, einer zentralen Entwicklungsstätte für grüne Technologien und einem Marktführer bei Solarpaneelen und Elektromobilität gemacht.

Damit bemüht sich China, seiner Rolle als globale „ökologische Schicksalsmacht“ gerecht zu werden. Dennoch ist sein Weg zu einer karbon-neutralen Wirtschaft noch weit. Mehr als die Hälfte von Chinas Energieverbrauch wird weiterhin durch Kohle gedeckt, mit derzeit noch steigender Tendenz.

Lia Musitz

Sinologin und Wirtschaftssoziologin
lia.musitz@gmail.com

- 1 World | Total including LUCF | Greenhouse Gas (GHG) Emissions | Climate Watch (climatewatchdata.org), abgerufen am 20.9.2023.
- 2 Guest post: China's CO₂ emissions grew slower than expected in 2018 (carbonbrief.org), abgerufen am 20.9.2023.
- 3 Der hohe Ausstoß auf den Solomonen geht auf eine Ölkatastrophe zurück.
- 4 View: Why we're all to blame for China and India's 'filthy' CO₂ emissions | Euronews, abgerufen am 20.9.2023.
- 5 Diversity and Transformations of Asian Capitalisms - 1st Edition - Rob (routledge.com), abgerufen am 20.9.2023.
- 6 SWP-Zeitschriftenschau 2010/ZS 02, März 2010, 4 Seiten (swp-berlin.org), abgerufen am 20.9.2023.
- 7 附件 (unfccc.int), abgerufen am 20.9.2023
- 8 Going climate-neutral by 2050 - Publications Office of the EU (europa.eu), abgerufen am 20.9.2023.
- 9 EU-China climate policy – balancing cooperation and pressure | Merics, abgerufen am 20.9.2023.
- 10 'It's getting extremely hard': climate crisis forces China to ration electricity | China | The Guardian, abgerufen am 20.9.2023.
- 11 China's new coal power spree continues as more provinces jump on the bandwagon – Centre for Research on Energy and Clean Air, abgerufen am 20.9.2023.
- 12 <https://www.americanprogress.org/article/everything-think-know-coal-china-wrong/>, abgerufen am 20.09.2023.
- 13 Mao's War against Nature (cambridge.org), abgerufen am 20.9.2023.
- 14 Pollution and Protest in China: Environmental Mobilization in Context on JSTOR, abgerufen am 20.9.2023.
- 15 Chinese village protest turns into riot of thousands | World news | The Guardian, abgerufen am 20.9.2023.
- 16 Anti-incinerator campaigns and the evolution of protest politics in China: Environmental Politics: Vol 22, No 5, 2013 (tandfonline.com), abgerufen am 20.9.2023.
- 17 In the Name of the Public: Environmental Protest and the Changing Landscape of Popular Contention in China: The China Journal: Vol 75 (uchicago.edu), abgerufen am 20.9.2023.
- 18 Chinas neues, verschärftes Umweltgesetz - China Briefing News (china-briefing.com), abgerufen am 20.9.2023.
- 19 The Mandate of Heaven and Performance Legitimation in Historical and Contemporary China - Dingxin Zhao, 2009 (sagepub.com), abgerufen am 20.9.2023.
- 20 China strengthens role of courts in meeting carbon targets (climatechangenews.com), abgerufen am 20.9.2023.
- 21 The Reinvention of Development Planning in China, 1993–2012 (clementeruiздuran.mx), abgerufen am 20.9.2023.
- 22 Chinas_Umwelt-und-Industriepolitik_StiftungIGBCE.pdf (arbeit-umwelt.de), abgerufen am 20.9.2023.
- 23 20230419_FDI_Studie_2023_final.pdf (merics.org), abgerufen am 20.9.2023.
- 24 China's Environmental Policy - New Fiscal Support for Green Development (china-briefing.com), abgerufen am 20.9.2023.
- 25 Renewable Energy Market Update - June 2023 (windows.net), abgerufen am 20.9.2023.
- 26 Renewable energy statistics - Statistics Explained (europa.eu), abgerufen am 20.9.2023.
- 27 The future of the automotive sector | etui, 2022, abgerufen am 20.9.2023.
- 28 Solar PV Global Supply Chains – Analysis - IEA, 2022, abgerufen am 20.9.2023.
- 29 Global Supply Chains of EV Batteries (windows.net), 2022, abgerufen am 20.9.2023.
- 30 Global EV Outlook 2023: Catching up with climate ambitions (windows.net), abgerufen am 20.9.2023.
- 31 China Nearing Inflection Point for Solar Power and EVs Ahead of 2030 Target - Bloomberg, abgerufen am 20.9.2023.
- 32 Report Shows Way for China to Meet Climate Goals 10 Years Early | BloombergNEF (bnf.com), abgerufen am 20.9.2023.
- 33 6: Renewable Power - Guide to Chinese Climate Policy (oxfordenergy.org), abgerufen am 20.9.2023.
- 34 laws (npc.gov.cn), abgerufen am 20.9.2023.
- 35 Notice on actively promoting the non-subsidized generation of wind and PV power | China Energy Portal | 中国能源门户, abgerufen am 20.9.2023.

Globale Vorreiterrolle der EU Ehrgeizige Klimaziele Auch auf anderen Kontinenten

Von
Norbert Templ

Die Klimakrise gehört zu den größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die extremen Wetterereignisse im Sommer 2023 in Form von Dürren, Stürmen, Überschwemmungen, Waldbränden und Hitzewellen sind nur ein weiteres Alarmsignal, dass uns die Zeit davonläuft und wir auf dem Weg in eine klimaneutrale Zukunft rascher voranschreiten müssen. Reichen die bisherigen Klimaziele?¹

Mittlerweile haben über 100 Staaten das Ziel der Klimaneutralität in Gesetzen oder politischen Dokumenten verankert.

Es ist von enormer Bedeutung, dass sich die Europäische Union dieser Herausforderung stellt und Wege aufzeigt, wie die Klimakrise noch bewältigt werden kann. Mit dem europäischen Grünen Deal² hat sich die Europäische Union jedenfalls als globale Vorreiterin in Sachen Klimaschutz positioniert. Der Grüne Deal legt eine Kaskade von Maßnahmen vor, die darauf abzielen, Europa bis 2050 – im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen³ – zum weltweit ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Ausdrücklich wird dabei hervorgehoben, dass dieser Übergang nur gelingen kann, wenn er fair und inklusiv erfolgt. Dass das keine symbolische Ankündigung ist, zeigen die vielen konkreten Maßnahmen in zahlreichen Politikbereichen, die den Übergang zur Klimaneutralität vorantreiben. Von zentraler Bedeutung ist das im Juli 2021 in Kraft getretene „Europäische Klimagesetz“⁴, mit dem das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 Gesetzesrang erlangt, ebenso die Klimazielvorgabe, bis 2030 die Nettotreibhausgasemissionen innerhalb der Europäischen Union um mindestens 55 % gegenüber dem Stand von 1990 zu senken.

Die Welt folgt der EU

Der mit dem Grünen Deal verbundene Optimismus, dass andere Staaten der EU folgen werden, war nicht unbegründet. Wer sich durch den „Net-Zero-Tracker“⁵ scrollt, stellt

fest, dass mittlerweile über 100 Staaten das Ziel der Klimaneutralität (größtenteils bis 2050) in Gesetzen oder politischen Dokumenten verankert haben. Entscheidend ist dabei, dass insbesondere mit den USA, China, Indien, Russland und Japan die weltweit größten Emittenten von Treibhausgasen Net-Zero-Ziele beschlossen haben, allerdings mit unterschiedlichen Zeithorizonten: USA und Japan bekennen sich zum magischen Zieldatum 2050, China und Russland peilen 2060 an, Indien will 2070 Klimaneutralität erreichen. Dass das auch mit dem Vorpreschen der Europäischen Union zusammenhängt, wurde von etlichen Experten:innen bestätigt.

Viel hängt jetzt von den USA und China ab, die zusammen für 45%⁶ der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich sind. Damit sind sie „ökologische Schicksalsmächte“, die dieser Rolle zumindest in Ansätzen gerecht werden: Die USA haben mit dem „Inflation Reduction Act“⁷ ein wichtiges Klimaschutzpaket beschlossen, mit dem an die 400 Milliarden US-Dollar für Klimaschutzmaßnahmen (u.a. Anreize für saubere Energien, Förderung der E-Mobilität, Energieeffizienzmaßnahmen, klimaneutrale Industrie) zur Verfügung stehen. Berechnungen zeigen, dass damit die US-Klimaziele nicht ganz erreicht werden, aber die Umsetzungslücke erheblich verringert wird. Auch China

Globale Vorreiterrolle der EU: Ehrgeizige Klimaziele auch auf anderen Kontinenten

Trotz beachtlicher Fortschritte in vielen Staaten und Regionen der Welt sind die CO₂-Emissionen nicht im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen.

treibt seine Dekarbonisierungsbemühungen mit großem Engagement im Bereich erneuerbarer Energien und Elektromobilität voran. China hat angekündigt, den Höhepunkt der CO₂-Emissionen vor 2030 zu erreichen. Dieses Ziel ist in Reichweite und könnte sogar bereits unmittelbar bevorstehen⁸.

Reichen die Klimaziele?

Die Ziele sind ambitioniert, die Maßnahmen zum Teil spektakulär: So dürfen z.B. in der EU ab 2035 nur noch emissionsfreie Pkw und leichte Nutzfahrzeuge neu zugelassen werden. Aber sie reichen noch nicht! Trotz beachtlicher Fortschritte in vielen Staaten und Regionen der Welt sind die CO₂-Emissionen nicht im Einklang mit dem Temperaturziel des Paris-Abkommens. Im Entwurf⁹ der „globalen Bestandsaufnahme“, die derzeit auf UN-Ebene durchgeführt wird, heißt es unmissverständlich, dass „viel ehrgeizigere Maßnahmen“ und „ehrgeizigere Ziele in den NDCs“ (national festgelegte Klimaschutzbeiträge) erforderlich sind, damit bis 2050 weltweit die Klimaneutralität erreicht wird. Zweifellos werden die bestehenden Klimaziele auf europäischer und nationaler Ebene nochmals deutlich verschärft wer-

den müssen. Die Europäische Union hat diese Diskussion bereits im Europäischen Klimagesetz vorweggenommen, indem im Gesetz bereits ein weiteres Zwischenziel angekündigt wird: Spätestens sechs Monate nach der ersten weltweiten Bestandsaufnahme des Pariser Klimaabkommens wird die EU-Kommission ein unionsweites Klimaziel für 2040 vorschlagen. Dieses muss und wird sehr ambitioniert sein. Bereits im Juni 2023 hat der mit dem Europäischen Klimagesetz eingerichtete wissenschaftliche Beirat zum Klimawandel¹⁰ empfohlen, die EU-Emissionen bis 2040 im Vergleich zu 1990 um 90 bis 95 Prozent zu verringern. Noch wichtiger und politisch herausfordernder wird es aber sein, die konkreten und verbindlichen Maßnahmen zur notwendigen Reduktion der Treibhausgase entsprechend anzupassen. Es ist zu hoffen, dass mit der sich verschärfenden Klimakrise auch die Bereitschaft dazu wächst.

Norbert Templ, AK Wien
norbert.templ@akwien.at

1 Der Artikel erschien zuerst im WISO Energie der Arbeiterkammer Tirol.
2 Klimaschutz und Grüner Deal (europa.eu), abgerufen am 21.9.2023.
3 Das Übereinkommen von Paris (oesterreich.gv.at), abgerufen am 21.9.2023.
4 Europäisches Klimagesetz, 30.6.2021, Publications Office (europa.eu).
5 Net-zero Target Status | Net-Zero Targets | Climate Watch (climatewatchdata.org), abgerufen am 21.9.2023.
6 EDGAR - The Emissions Database for Global Atmospheric Research (europa.eu), abgerufen am 21.9.2023.
7 Guest post: How the Inflation Reduction Act narrows the gap to US climate goals - Carbon Brief, abgerufen am 21.9.2023.
8 China Nearing Inflection Point for Solar Power and EVs Ahead of 2030 Target - Bloomberg, abgerufen am 21.9.2023. Siehe auch Beitrag von Lia Musitz "Chinas Plan zur sozio-ökologischen Wende" in der aktuellen Ausgabe.
9 Technical dialogue of the first global stocktake. Synthesis report by the co-facilitators of the technical dialogue (klimareporter.de), abgerufen am 21.9.2023.
10 Klimabeirat empfiehlt EU, Emissionen bis 2040 drastisch zu senken - Umwelt & Klima - derStandard.at · Wirtschaft, abgerufen am 21.9.2023.

ZENTRALE HERAUSFORDERUNG AM WEG ZUR KLIMANEUTRALITÄT

WIE KOMMT DAS „GERECHT“ IN DEN ÜBERGANG?

Von
Michael Soder

Wirft man einen Blick auf die aktuellen Geschehnisse in Europa und auf der Welt, wird deutlich: die Hütte brennt. Die Klimakrise ist nicht ein Thema für die Enkel und Urenkel, sondern sie trifft uns bereits im Hier und Heute. Umso drängender ist es, eine zentrale Herausforderung zu beantworten: Wie können wir die Klimakrise sozial gerecht bewältigen?

Ein Umbau hin zur Klimaneutralität kann nur dann gelingen, wenn niemand am Weg zurückgelassen wird.

Eine Frage der Gerechtigkeit

Die Klimakrise trifft nicht alle gleich. Wir alle haben unterschiedliche Voraussetzungen, wie wir mit den vor uns liegenden Veränderungen umgehen können. Einkommen und Vermögen, Bildung, Alter, Geschlecht, Gesundheitszustand – alle diese Facetten beeinflussen unsere individuellen Möglichkeiten, mit den Veränderungen durch die Klimakrise oder mit dem Umbau zur Klimaneutralität umzugehen. Daraus folgt: umso größer die Ungleichheit in einer Gesellschaft ausgeprägt ist, umso ungleicher sind auch die individuellen Chancen und Möglichkeiten im Umgang mit der Klimakrise.

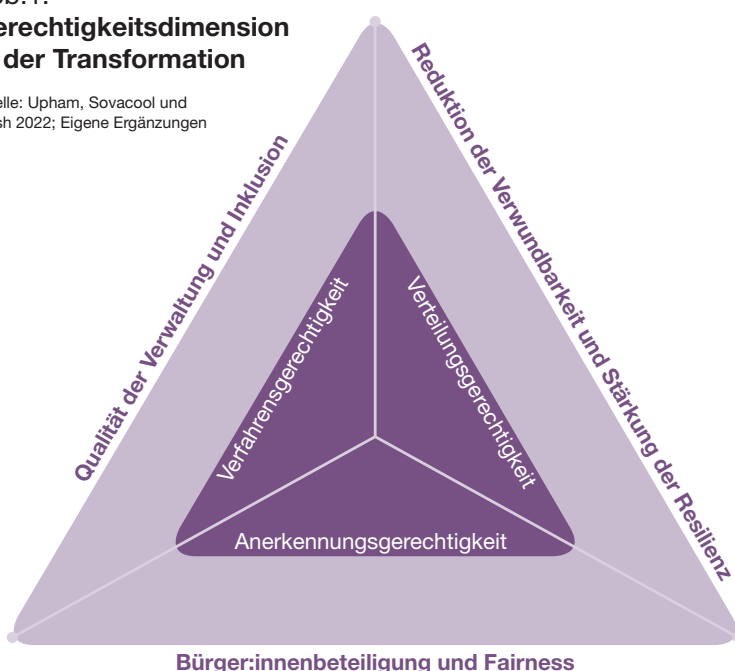
Die Klimakrise mit all ihren Konsequenzen ist daher eine zutiefst soziale Frage und gemeinschaftliche Aufgabe. Maßnahmen im Kampf gegen die Klimakrise werden politisch nur dann erfolgreich sein, wenn sie soziale Ungleichheiten berücksichtigen. Andernfalls werden sie, aufgrund eines berechtigten sozialen Widerstands gegen die Maßnahmen, scheitern. Ein Umbau hin zur Klimaneutralität kann nur dann gelingen, wenn „niemand am Weg zurückgelassen wird“¹, wie es die Europäische Kommission in ihrem Grünen Deal formuliert.

Gerechtigkeit worin?

Die Frage, die sich in der Gestaltung eines „gerechten Übergangs“ (Just Transition) stellt, ist: Von welcher Form der Gerechtigkeit sprechen wir eigentlich? In der Analyse der Gerechtigkeitsdimensionen der Gestaltung und Wirkung klimapolitischer Maßnahmen unterscheidet die Literatur² zwischen **Verfahrensgerechtigkeit**, **Verteilungsgerechtigkeit** und **Anerkennungsgerechtigkeit**.

Abb. 1.
Gerechtigkeitsdimension in der Transformation

Quelle: Upham, Sovacool und Gosh 2022; Eigene Ergänzungen



- **Verfahrensgerechtigkeit** meint die Gewährleistung eines niedrighschwelligigen und adäquaten Zugangs zu Information und Beratung sowie eines gleichwertigen Zugangs zu Rechtsverfahren und Anfechtungsrechten.
- **Verteilungsgerechtigkeit** zielt auf die Reduktion ungleicher ökonomischer

Zentrale Herausforderung am Weg zur Klimaneutralität: Wie kommt das „gerecht“ in den Übergang?

Voraussetzungen und Stärkung der individuellen Möglichkeiten und Fähigkeiten ab.

- **Anerkennungsgerechtigkeit** antizipiert die unterschiedlichen Ausgangslagen der sozialen Gruppen und Betroffenen sowie erlaubt und erleichtert deren Mitsprache und Mitbestimmung.

Abbildung 1 zeigt einen stilisierten Überblick über die unterschiedlichen Gerechtigkeitsfacetten, welche in der Maßnahmengestaltung eine Rolle spielen.

Eine ambitionierte Klima- und Transformationspolitik muss gerecht sein

Die deutsche Klimawissenschaftlerin Godelind Alber³ argumentiert in ihren Arbeiten, dass eine ambitionierte Klimapolitik danach verlangt, unsere Strukturen und Alltagsroutinen entsprechend einer Minimierung der Treibhausgasemissionen und des Ressourcenverbrauchs auszurichten, um die Klimakrise effektiv zu begrenzen. Damit würde kein Stein auf dem anderen bleiben. Unsere Gewohnheiten und Praktiken und Verhaltensweisen müssen sich ebenso verändern, wie die Technologien, die wir einsetzen. Aber auch das Nicht-Handeln und ein weiter wie bisher verändert alles und führt durch zunehmende Katastrophen und veränderten Lebensbedingungen über sich damit verschärfende soziale Ungleichheiten zu einer Gefährdung unserer Lebensentwürfe, wie wir sie bisher kennen. Katharina Rogenhofer und Florian Schleder vom österreichischen Klimavolksbegehren haben treffend formuliert: „Ändert sich nichts, ändert sich Alles“.

Eine tragfähige, nachhaltige und ambitionierte Klimapolitik muss die in Abbildung 1 festgehaltenen Dimensionen der Gerechtigkeit in der Konzeption von klimapolitischen Maßnahmen berücksichtigen, denn wenn die Maßnahmen als ungerecht wahrgenommen oder empfunden werden, drohen sie aufgrund politischen Widerstands zu scheitern. Etwas, dass wir uns als Gesellschaft in Hinblick auf die sozialen, ökologischen und ökonomischen Kosten des Nicht-Handelns⁴ nicht leisten können. Mit Blick auf die unterschiedlichen Gerechtigkeitsdimensionen von Transformationsprozessen wird auch deutlich, dass es sich nicht um eine einzige „Just Transition“ handelt, sondern um vielfältige und voneinander abhängige Übergangsprozesse in



unterschiedlicher Ausprägung entlang von Zeit, Raum und sozialem Kontext.

Wohlsandsorientierte Wirtschaftspolitik und Transformation

Eine tragfähige, nachhaltige und ambitionierte Klimapolitik erfordert die Berücksichtigung unterschiedlicher Gerechtigkeitsdimensionen.

Es braucht daher ein wirtschaftspolitisches Programm der Transformation⁵. Ein Programm, welches die soziale Dimension der Klimakrise ernst nimmt und entlang der angeführten betroffenen Gerechtigkeitsdimensionen Maßnahmenpakete schnürt. Dabei müssen als Leitlinie Dringlichkeit, Klarheit und Glaubwürdigkeit gelten. Mit dem Konzept einer Just Transition und den darin angesprochenen Gerechtigkeitsdimensionen können aktuelle politische Initiativen und Programme auf ihre „Tauglichkeit“ abgeklopft werden. Zum Beispiel die Nationalen Energie- und Klimapläne (NEKP) der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Maddalena Lamura, Forscherin an der Wirtschaftsuniversität Wien, hat sich in einer Vergleichsstudie⁶ die in den NEKPs enthaltenen Maßnahmen im Kampf gegen Energiearmut anhand der oben beschriebenen Gerechtigkeitsdimensionen näher angesehen. Sie kommt zum Schluss, dass die bisherigen Maßnahmen und Lösungsräume nicht ausreichen, um dem Phänomen der Energiearmut effektiv zu begegnen. Denn die in den Plänen enthaltenen Maßnahmen sind überwiegend monetär und nicht struk-

turell ausgerichtet. Zwar stellen die Maßnahmen wesentliche Bausteine in der Gestaltung der Transformation aus, aber ob diese ausreichen, um ein tragfähiges Gebäude eines „gerechten Übergangs“ zu bauen, bleibt fraglich.

Dieser Befund trifft sicherlich nicht nur auf das Themengebiet der Energiearmut zu. Im Gegenteil kann davon ausgegangen werden, dass die oft guten Initiativen an vielen Stellen die qualitativen Anforderungen der Gestaltung eines gerechten Übergangs nicht oder nur unzureichend erfüllen. Es bleibt daher die große Aufgabe aller Klimabewegten, die Aufmerksamkeit der Politik und der Medien nicht nur auf die ökologischen und technologischen Notwendigkeiten der Transformation zu richten, sondern die Fragen der sozialen Gerechtigkeit eng mit jenen der Ökologie zu verknüpfen. Das Konzept der Just Transition gibt uns dazu ein Analyseschema an die Hand, welches wir nutzen sollten, um die notwendige ambitionierte Klimapolitik umzusetzen. Von der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik über die Industrie- und Regionalpolitik bis hin zur Verkehrs- und Infrastrukturpolitik. Damit der Umbau hin zu Klimaneutralität gelingt.

Michael Soder, AK Wien
michael.soder@akwien.at

1 https://ec.europa.eu/regional_policy/funding/just-transition-fund_en?etrans=de (abgerufen am 04.8.2023)

2 Upham, Paul, Benjamin Sovacool, and Bipashyee Ghosh. "Just transitions for industrial decarbonisation: A framework for innovation, participation, and justice." *Renewable and Sustainable Energy Reviews* 167 (2022): 112699.

3 Alber, Gotelind. „Die sozialen Dimensionen von Klimawandel und Klimapolitik.“ *Genossenschaften und Klimaschutz: Akteure für zukunftsfähige, solidarische Städte* (2014): 109-133.

4 <https://ccca.ac.at/wissenstransfer/coin> (abgerufen am 04.08.2023)

5 <https://awblog.at/vorausschauende-wirtschaftspolitik-in-zeiten-globaler-krisen/> (abgerufen am 04.08.2023)

6 <https://awblog.at/energiearmut-und-energiegerechtigkeit/> (abgerufen am 04.08.2023)

REDE ZUR LAGE DER UNION 2023 VIEL PATHOS, ABER AUCH SUBSTANZ

Von
Alice Wagner
und
Norbert Templ

Am Mittwoch, den 13. September 2023, hielt Kommissionspräsidentin von der Leyen im EU-Parlament in Straßburg die jährliche Rede¹ zur Lage der Union (SOTEU 2023). Die letzte SOTEU in dieser Legislaturperiode vor den anstehenden EU-Wahlen im Juni 2024 setzte inhaltliche Schwerpunkte im Bereich des grünen Wandels, bei der Künstlichen Intelligenz (KI) und in der Frage der Erweiterung. Die soziale Perspektive wurde zwar mit einzelnen wichtigen Punkten angesprochen, wie z.B. im Hinblick auf die Rolle der Sozialpartner. Insgesamt kam sie aber viel zu kurz. Es fehlte etwa ein grundsätzliches Bekenntnis zur Weiterführung der Europäischen Säule sozialer Rechte.

**Erfolgreiche
Projekte zeigen,
was Europa
alles schaffen
kann.**

Vor dem Hintergrund, dass in weniger als 300 Tagen EU-Wahlen² stattfinden, war die Rede ein Rückblick auf die Arbeit der vergangenen Jahre. Sie skizzierte verbleibende Projekte in der laufenden Legislaturperiode, enthielt aber auch Themen für die nächste Kommission. Als erfolgreiche Projekte der letzten Jahre nannte von der Leyen etwa die geopolitischen Union³, die führende Rolle Europas bei digitalen Rechten⁴ und beim Green Deal⁵ sowie die Bedeutung von Next-GenerationEU⁶ für Investitionen und Jobs. Aus Arbeitnehmer:innensicht zu begrüßen ist von der Leyens starkes Bekenntnis zur EU-Gleichstellungspolitik: Hier verwies die Kommissionspräsidentin auf die Richtlinie zu Frauen in Aufsichtsräten⁷, den Beitritt zum Übereinkommen von Istanbul zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt⁸ sowie die Lohntransparenzrichtlinie⁹ als „wegweisende und bahnbrechende Arbeit“ der EU. Letztere Richtlinie gilt es gerade auch in Österreich, in einem der EU-Länder mit dem größten Gender Pay Gap¹⁰, zeitnahe und umfangreich umzusetzen¹¹. Zu begrüßen ist auch der Nachdruck der Kommissionspräsidentin, die Verhandlungen zur Richtlinie zu Gewalt gegen Frauen¹² zu einem baldigen Abschluss zu bringen. Hier – so von der Leyen – solle auch ein klares „Nein heißt nein“ verankert werden, somit (anders als

in der derzeitigen Ratsposition vorgesehen) auch das Thema Vergewaltigung inkludiert werden.

Green Deal mit Fokus auf Industrie

Vor dem Hintergrund des heißesten Sommers der Geschichte mit Waldbränden und Überschwemmungen quer durch Europa („ein kochender Planet ist Realität“) verwies von der Leyen auf die Bedeutung der Klimaagenda, die zu einer Wirtschaftsagenda geworden sei. Konkret angekündigt wurden Clean Transition-Dialoge mit der Industrie, ein Paket für Windkraft in Europa sowie eine Anti-Subventions-Untersuchung zu Elektrofahrzeugen aus China. Um die Lebensmittelversorgung in der EU zu sichern und Landwirtschaft eng mit Naturschutz zu verbinden, möchte die Kommission einen strategischen Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft in der EU starten. Ein fairer und gerechter Übergang, der niemanden zurücklässt und gute Jobs wurden in der Rede genannt, konkrete Vorhaben in diesem Bereich enthielt die Rede jedoch nicht.

Produktion in Europa statt China

„Von Windkraft bis Stahl, von Batterien bis hin zu Elektrofahrzeugen, unser Ziel ist ganz klar: Die Zukunft unserer Clean-Tech-Industrie muss in Europa liegen“ – mit dieser Aussage legte die Präsidentin erneut ein

Die angekündigte Anti-Subventions-Untersuchung zu Elektrofahrzeugen aus China ist umstritten.

klares Bekenntnis ab, dass in zentralen zukunftswichtigen Technologien europäische Wertschöpfung gefördert und vorangetrieben werden muss, wie es auch im Industrieplan für den Grünen Deal vorgesehen ist. Der „Grüne Industrieplan“¹³ ist eine Antwort auf die ökonomischen und technologischen Ambitionen der Dominanz, die im US-amerikanischen „Inflation Reduction Act“ sowie Chinas „Seidenstraßeninitiative“ und in der „Made in China 2025-Strategie“ zum Ausdruck kommen. Diese Bemühungen sind zu unterstützen, müssen aber auch die Interessen der Arbeitnehmer:innen im Fokus haben. Öffentliche Gelder und wirtschaftspolitische Maßnahmen dürfen nur unter der Bedingung¹⁴ zur Verfügung gestellt werden, dass sie Beschäftigungssicherheit und hohe Beschäftigungsqualität sowie nachhaltigen Wohlstand schaffen. Unternehmen, die staatliche Subventionen erhalten und durch strategische Investitions- und Innovationsförderung unterstützt werden, müssen Auflagen zur Standort- und Beschäftigungssicherung, zur Aus- und Weiterbildung ihrer Beschäftigten und zur betrieblichen Mitbestimmung erfüllen.

Ob die angekündigte Anti-Subventions-Untersuchung zu Elektrofahrzeugen aus China, die vor allem bei günstigen Elektroautos zunehmend mehr Marktanteile¹⁵ in Europa gewinnen, der richtige Weg ist, um die europäische Autoindustrie vor der chinesischen Konkurrenz zu schützen, ist umstritten. Als weltweit größter Automobilmarkt hat China viele Trümpfe in der Hand. Dass chinesische Unternehmen auf dem E-Auto-Segment wettbewerbsfähiger sind, liegt vor allem auch an ihrem Vorsprung bei der Batterietechnologie. Die europäischen Hersteller haben sich zu lange auf ihr etabliertes Verbrenner-Geschäft konzentriert und laufen nun dem chinesischen Vorsprung,

aber auch Tesla hinterher. Zudem rächt sich, dass sich europäische Hersteller, insb. die deutsche Autoindustrie stark auf das Premiumsegment fokussiert haben, anstatt erschwingliche Elektroautos für die breite Masse anzubieten. Zielführender als mit Strafzöllen das ohnehin angespannte Verhältnis zu China weiter zu belasten, dürfte eine Strategie sein, die darauf abzielt, die ökologisch anspruchsvolleren Methoden der europäischen Hersteller zu belohnen. Frankreich geht diesen Weg, indem es seine E-Auto-Förderung¹⁶ zukünftig „ökologisiert“, d.h. mit dem CO₂-Ausstoß bei Produktion und Transport der Autos nach Frankreich verknüpft. Das trifft vor allem die chinesischen Hersteller, die noch massiv vom Kohlestrom abhängig sind (in China deckt Kohlestrom aktuell noch rund 60 Prozent des chinesischen Bedarfs ab). Zudem wäre es sinnvoll, chinesische Autohersteller zu motivieren, ihre Elektroautos auch am europäischen Wirtschaftsstandort zu produzieren und damit europäische Beschäftigung und Kaufkraft zu schaffen.

Kinderbetreuung, Sozialpartner, aber keine starke soziale Orientierung

Als Erfolge in der EU-Sozialpolitik wurde in der SOTEU auf das EU-Kurzarbeitsinstrument SURE¹⁷ und NextGenerationEU hingewiesen, welche geholfen haben, Arbeitslosigkeit zu verhindern. Thematisch aufgegriffen wurde auch der Fachkräftemangel, etwa in den Bereichen KMU, Tourismus, Krankenhäuser, Pflege und IT-Fachkräfte. Richtigerweise wies die Kommissionspräsidentin in dem Zusammenhang auf das Fehlen von Kinderbetreuungseinrichtungen in der EU hin. Dies mache – wie auch die Arbeiterkammer¹⁸ immer wieder betont – den Arbeitsmarktzugang bzw. die Vollzeitbeschäftigung für vielen Frauen unmöglich. Positiv hervorzuheben ist das starke Be-

Rede zur Lage der Union 2023: Viel Pathos, aber auch Substanz

kenntnis von der Leyens zu den Sozialpartnern, auf deren Expertise die EU etwa in den Bereichen Skills, Arbeitskräftemangel und KI vermehrt zurückgreifen will. Hier verwies die Kommissionspräsidentin auch auf den hohen Stellenwert des vor 40 Jahren in Val Duchesse begründeten Europäischen sozialen Dialogs¹⁹. Im kommenden Halbjahr soll unter belgischer Präsidentschaft wieder ein Sozialpartner-Gipfel in Val Duchesse stattfinden.

Davon abgesehen fehlten in der SO-TEU-Rede jedoch wichtige Weichenstellungen für ein soziales Europa. Unverständlich ist, dass die Europäische Säule sozialer Rechte²⁰ mit keinem Wort erwähnt wurde. Auch sonst gab es kein Bekenntnis zu weiteren Rechtsakten im Bereich der EU-Sozialpolitik, welche europäische soziale Mindeststandards schaffen könnten. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) wies in dem Zusammenhang darauf hin, dass die Rede „keine Lösungen für die Arbeitnehmer:innen, die aktuell mit den Lebenshaltungskosten zu kämpfen haben“²¹, angeboten habe. S&D-Fraktionsvorsitzende Iratxe García Pérez forderte ein stärkeres Bekenntnis zu sozialen Rechten²², darunter auch lebensnotwendige Mindesteinkommen und eine Strategie zur Armutsbekämpfung.

KMU, Wettbewerbsfähigkeit & KI

Zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) möchte die Kommission noch dieses Jahr einen KMU-Beauftragten der EU ernennen, der direkt an die Kommissionspräsidentin berichten soll. Zudem sollen bereits im Oktober 2023 die ersten Legislativvorschläge zur Verringerung der Berichtspflichten auf europäischer Ebene um 25% vorgelegt werden. Hier ist vor dem Hintergrund vergangener Erfahrungen mit der Better Regulation-Agenda der Kommis-

sion, etwa zum „One In-One Out“-Prinzip²³ große Vorsicht geboten, da unter dem Titel der Verwaltungslastenreduktion Einschnitte in wichtige Schutzvorschriften drohen könnten. Geplant sind der Abschluss weiterer Handelsabkommen mit Australien, Mexiko, sowie auch des Mercosur-Abkommens²⁴, welche seitens der Arbeiterkammer aus sozialen und ökologischen Gründen abgelehnt werden. In der Handelspolitik braucht es aus AK-Sicht grundsätzlich eine Neuausrichtung in Form von Klima- und Nachhaltigkeitsabkommen²⁵. Von Mario Draghi soll ein Bericht über die Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit der EU vorbereitet werden. Zu kritisieren ist, dass das wichtige und aktuelle Thema der notwendigen Reform der EU-Fiskalregeln²⁶ keinen Eingang in die Rede gefunden hat.

Im Bereich Digitales betonte von der Leyen die Vorreiterrolle der EU, welche in den Bereichen Desinformation, Verbreitung schädlicher Inhalte und Schutz privater Daten mit dem Gesetz über digitale Dienste (DSA)²⁷ und jenem über digitale Märkte (DMA)²⁸ neue Standards gesetzt hat. In diesem Sinne solle die Union nun auch im Bereich Künstliche Intelligenz (KI)²⁹ vorgehen. Hier schlägt die Kommissionspräsidentin ein neues globales Rahmenwerk zu KI mit drei Säulen vor:

1. ein **EU-KI-Gesetz** als menschenzentrierte und verantwortungsvolle Blaupause für die ganze Welt,
2. ein **Governance-System für KI** nach Vorbild des Weltklimarates und
3. eine **Vertiefung der europäischen Führungsrolle im Bereich Supercomputer** durch Öffnung für europäische KI-Start-Ups.

Ob mit dem EU-KI-Gesetz tatsächlich die

In der Rede fehlen wichtige Weichenstellungen für ein soziales Europa, notwendig ist ein neuer Schub für ein starkes soziales Europa.

Zu kritisieren ist, dass die notwendige Reform der EU-Fiskalregeln keinen Eingang in die Rede gefunden hat.

Verankerung eines menschenzentrierten und verantwortungsvollen Ansatzes gelingen kann, wird erst der Abschluss der derzeit laufenden Trilogverhandlungen zu diesem Rechtsakt zeigen. Der Kommissionsvorschlag aus 2021 zeichnete sich stark durch einen technik-zentrierter Fokus mit Blick auf den Binnenmarkt aus, welcher den Einsatz von KI am Arbeitsplatz weitgehend unberücksichtigt ließ und im Verbraucher:innenschutz viele Schwachstellen enthielt.³⁰ Wichtig wäre es, nun den Vorschläge des EU-Parlaments zur Verbesserung des KI-Gesetzes (u.a. klare Ausnahme für nationales Arbeitsrecht, Verbot der Verwendung biometrischer Identifizierung, eigene Regeln für Generative KI, kollektiver Rechtsschutz für Verbraucher:innen) zu folgen und zusätzlich eine eigene Richtlinie für Mindeststandards zu KI in der Arbeitswelt, wie sie etwa auch der EGB fordert,³¹ vorzulegen.

Erweiterung & Reform der EU

Neben weiteren Schwerpunkten zu Afrika, zur Ukraine sowie im Bereich Migration und Asyl, enthielt die Rede ein klares Bekenntnis zur Erweiterung der EU („vollendete Union“ auf „mehr als 30 Staaten und über 500 Mio. Menschen“). Die Zukunft der Ukraine, des Westbalkans und Moldaus liege in der EU, so von der Leyen, auch für die Menschen in Georgien sei die EU-Perspektive wichtig. Das ist nachvollziehbar, unverständlich ist jedoch ihre Aussage, dass wir nicht auf eine Vertragsänderung warten können, „um die Erweiterung voranzubringen“. Die „Schwarz-Weiß-Diskussionen“ über die Erweiterung müssten überwunden werden, es gehe nicht darum, „ob wir entweder die Integration vertiefen oder die Union erweitern“. Diese Zuspitzung ist entbehrlich, denn beides hängt unmittelbar zusammen. Ohne Vertiefung durch weitrei-

chende Reformen ist die EU nicht aufnahmefähig. Die Aufnahmefähigkeit der EU ist zudem integraler Bestandteil der Kopenhagener-Kriterien³². Ratspräsident Charles Michel hat in diesem Zusammenhang Ende August d. J. erstmals in einer Rede ein konkretes Datum genannt – bis 2030 soll die EU für die Erweiterung bereit sein³³.

Die in der Rede im Zusammenhang mit der Erweiterung angekündigten Vorhaben, die Berichte über Rechtsstaatlichkeit³⁴ auch für Beitrittsstaaten zu öffnen, sowie eine Überprüfung von Politikfeldern und des Haushalts durch die EU-Kommission einzuleiten, sind wichtig, aber bei weitem nicht ausreichend, um die EU aufnahmefähig zu machen. Die Forderung nach Einberufung eines Konvents zur Reform der EU-Verträge, wie sie vom EU-Parlament³⁵ oder der Arbeiterkammer³⁶ erhoben wird, muss daher ganz oben auf die EU-Agenda gesetzt und auch von der EU-Kommission uneingeschränkt unterstützt werden. Das enge Korsett der EU-Verträge mit den einseitigen wirtschaftspolitischen Festlegungen und dem Erfordernis der Einstimmigkeit schränkt die sozial-ökologische Weiterentwicklung und die demokratische Handlungsfähigkeit Europas stark ein. Eine Reform der Verträge muss diese Blockaden überwinden und ist aus AK-Sicht eine der zentralen Voraussetzungen, dass die EU neue Mitgliedstaaten aufnehmen kann.

Das bestätigt auch eine deutsch-französische Expertengruppe, die kürzlich weitreichende Vorschläge³⁷ zur Reform der EU vorgelegt hat. Diese reichen von der Größe und Zusammensetzung der EU-Organe, der Ausweitung der qualifizierten Mehrheitsentscheidungen, einem größeren EU-Budget und der Möglichkeit der gemeinsamen Schuldenaufnahme nach dem Vorbild

Rede zur Lage der Union 2023: Viel Pathos, aber auch Substanz

Eine Reform der EU-Verträge ist aus AK-Sicht eine wichtige Voraussetzung für die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten.

des Wiederaufbaufonds bis hin zu einem „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“.

Abschließend ist festzuhalten, dass die letzte Rede der amtierenden Kommissionspräsidentin zur Lage der Union einige substanzielle Aussagen enthält, der sozialen Perspektive aber nicht das notwendige Gewicht zugemessen wird. Aus Arbeitnehmer:innensicht braucht es jedenfalls auch

einen neuen Schub für ein starkes soziales Europa, um den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein!

Alice Wagner, AK EUROPA
alice.wagner@akeuropa.eu

Norbert Templ, AK Wien
norbert.templ@akwien.at

- 1 Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union (europa.eu), abgerufen am 22.9.2023.
- 2 Wahlen (europa.eu), abgerufen am 22.9.2023.
- 3 Geopolitical Commission builds on International Partnerships (europa.eu), abgerufen am 22.9.2023.
- 4 Europäische digitale Rechte und Grundsätze | Gestaltung der digitalen Zukunft Europas, abgerufen am 22.9.2023.
- 5 Europäischer Grüner Deal (europa.eu), abgerufen am 22.9.2023.
- 6 Europäischer Aufbauplan (europa.eu), abgerufen am 22.9.2023.
- 7 Neue Ziele für eine ausgewogenere Vertretung von Frauen und (europa.eu), abgerufen am 22.9.2023.
- 8 Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen: Rat nimmt Beschluss über den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul an - Consilium (europa.eu), abgerufen am 22.9.2023
- 9 Lohntransparenz in der EU - Consilium (europa.eu), abgerufen am 22.9.2023.
- 10 The gender pay gap situation in the EU (europa.eu), abgerufen am 22.9.2023.
- 11 Die neue Pay-Transparency-Richtlinie der EU - A&W Blog (awblog.at), abgerufen am 22.9.2023.
- 12 Combating violence against women: MEPs ready to negotiate on draft EU directive | News | European Parliament (europa.eu), abgerufen am 22.9.2023.
- 13 Der grüne Industrieplan (europa.eu), abgerufen am 22.9.2023.
- 14 Grüne Industriepolitik in der EU - Arbeit&Wirtschaft Blog (awblog.at), abgerufen am 20.9.2023.
- 15 Europa wird bis 2025 zum Autoimporteur (forschung-und-wissen.de), abgerufen am 20.9.2023.
- 16 Frankreich gewichtet bei Umweltbonus künftig CO2-Fußabdruck von E-Autos | electrive.net, abgerufen am 20.9.2023.
- 17 SURE (europa.eu), abgerufen am 22.9.2023.
- 18 Kinderbetreuung und Elementarbildung | Arbeiterkammer, abgerufen am 22.9.2023.
- 19 Sozialer Dialog - Beschäftigung, Soziales und Integration - Europäische Kommission (europa.eu), abgerufen am 22.9.2023.
- 20 social-summit-european-pillar-social-rights-booklet_de.pdf (europa.eu), abgerufen am 22.9.2023.
- 21 SOTEU: Causes of the social justice emergency unaddressed | ETUC, abgerufen am 22.9.2023.
- 22 Rede zur Lage der Union: Iratxe García fordert von der Leyen auf, den Sozialschutz zu verstärken | Socialists & Democrats (socialists-anddemocrats.eu), abgerufen am 22.9.2023.
- 23 AKEUROPA | AK EUROPA: One-In-One-Out Prinzip – Weniger ist nicht immer mehr!, abgerufen am 22.9.2023.
- 24 AKEUROPA | Keine Entwarnung: EU-Mercosur-Abkommen hochproblematisch, abgerufen am 22.9.2023.
- 25 Beziehungen EU-Lateinamerika-Karibik | Arbeiterkammer Wien, abgerufen am 22.9.2023.
- 26 AKEUROPA | Wirtschaftspolitische Steuerung in EU demokratischer gestalten, abgerufen am 22.9.2023.
- 27 AK EUROPA | Gesetz über digitale Dienste: Vorteile für Konsument:innen, aber insgesamt hinter den Erwartungen, abgerufen am 22.9.2023.
- 28 AK EUROPA | Digital Markets Act, abgerufen am 22.9.2023.
- 29 AK EUROPA | EU-Gesetz zur Künstlichen Intelligenz: Ausreichender Schutz für Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen gesichert?, abgerufen am 22.9.2023.
- 30 AK EUROPA | Positionspapier EU-Gesetz zur Künstlichen Intelligenz, abgerufen am 22.9.2023.
- 31 EGB Resolution zu einer Richtlinie für KI am Arbeitsplatz, abgerufen am 22.9.2023.
- 32 Kopenhagener Kriterien – Welche Voraussetzungen zum EU-Beitritt? Kriterien zum EU-Beitritt - Drei Beitrittskriterien (lpb-bw.de), abgerufen am 22.9.2023.
- 33 Rede von Präsident Charles Michel auf dem Strategischen Forum Bled - Consilium (europa.eu), abgerufen am 21.9.2023.
- 34 2023 Rule of Law Report (europa.eu), abgerufen am 21.9.2023.
- 35 Parliament activates process to change EU Treaties | News | European Parliament (europa.eu), abgerufen am 22.9.2023.
- 36 Zukunft der EU: Es braucht eine umfassende Reform | Arbeiterkammer Wien, abgerufen am 22.9.2023.
- 37 Paper-EU-reform.pdf (politico.eu), abgerufen am 21.9.2023.

EU-HAUSHALTSPLANUNG 2021-2027 MIT DEUTLICHEN LÜCKEN EU-BUDGET IM ZEICHEN DER KRISEN

Von
Frank Ey

Eine neue Mitteilung der Europäischen Kommission zeigt, dass die Lage beim EU-Budget derzeit als äußerst angespannt bezeichnet werden muss. Die zahlreichen Krisensituationen auf europäischer und globaler Ebene in den letzten Jahren hinterlassen auch im EU-Haushalt deutliche Spuren. Die EU-Behörde fordert daher Anpassungen sowie eine Mittelaufstockung für die EU-Budgets bis 2027. Auf der Strecke bleiben jedoch gerade Mittel für sozialpolitische Anliegen.

Zahlreiche ungeplante Mehrausgaben

Anlässlich der Halbzeitüberprüfung des EU-Finanzrahmens 2021 – 2027 berichtete die EU-Behörde über die Herausforderungen aus haushaltspolitischer Sicht, die Anpassungen bei den EU-Budgetplänen notwendig mache.¹ Bereits 2020 hat die Europäische Union mit dem Programm Next-GenerationEU ein noch nie dagewesenes Konjunkturpaket in Höhe von 750 Mrd. € (zu Preisen von 2018) geschnürt, mit dem die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie in den EU-Ländern abgemildert werden sollten. Diese Mittel wurden im Rahmen der Verhandlungen zu den EU-Budgets bis 2027 noch miteingeplant.

In der Zwischenzeit ist es jedoch innerhalb kurzer Zeit zu einer Reihe von Krisensituationen gekommen, die im EU-Haushalt nicht abgebildet waren:

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat zu zusätzlichen unvorhersehbaren Aufwendungen geführt. Für die nächsten vier Jahre (2024 – 2027) plant die Kommission nun mit Mitteln von zusätzlichen 50 Mrd. €, die für den Wiederaufbau und die Modernisierung der Ukraine verwendet werden sollen.

Nach dem Ende der Pandemie ist auch wieder eine verstärkte Migration aus Dritt-

staaten und eine Häufung von externen Krisen wie dem verheerenden Erdbeben in der Türkei mit mehr als 50.000 Toten im Februar 2023 zu beobachten.² Zudem sind die Mittel für humanitäre Hilfe bereits jetzt vollkommen ausgeschöpft und humanitäre Organisationen müssen in der Folge ihre Unterstützungsprogramme für Krisenherde herunterfahren. Zusätzlichen Finanzbedarf gibt es außerdem aufgrund eines umstrittenen Migrationsabkommens mit Tunesien.³ 785 Mio. € stellt die EU Tunesien zur Eindämmung der Migrationsströme in der umliegenden Region zur Verfügung. Weitere 900 Mio. € sollen als Makrofinanzhilfe-Darlehen an das Land fließen. Die Kommission rechnet mit einem finanziellen Zusatzbedarf von insgesamt 15 Mrd. € bis 2027 für den Bereich der Migrationspolitik und der humanitären Hilfe.

Die durch den starken Anstieg bei Energiepreisen, Lebensmitteln und Mieten ausgelöste hohe Inflation hat auch zu einer erheblichen Erhöhung bei den EZB-Leitzinssätzen geführt. Dadurch steigen auch die Finanzierungskosten für das Next-GenerationEU-Konjunkturprogramm, für das die EU-Kommission eigene Kredite aufgenommen hat. Die zusätzlichen Aufgaben erhöhen aus Sicht der Kommission zudem die Aufwendungen für die Verwaltung, die ebenfalls berücksichtigt werden müssen.

Eine Reihe von Krisen führt zu einem hohen zusätzlichen Finanzbedarf für die EU-Haushalte bis 2027.

Die Plattform STEP kann neue Technologiekompetenz in die EU bringen und dem Arbeitskräftemangel entgegenwirken. Zu berücksichtigen ist jedoch das nötige Finanzvolumen, für das entsprechender Spielraum geschaffen werden muss.

Neues Programm zur Förderung von strategischer Technologie

In Reaktion auf den technologiefokussierten Inflation Reduction Act der USA und ähnlichen Initiativen Chinas gründet die Europäische Union eine neue Plattform für strategische Technologien für Europa (STEP). Die Plattform soll zum Teil aus Mitteln anderer Programme wie dem Innovationsfonds, InvestEU, Horizont Europa oder dem Aufbau- und Resilienzfonds gespeist, mit 10 Mrd. € extra aber auch über eine Aufstockung des EU-Budgets finanziert werden.

Mit dem neuen Programm soll auch Expertise im High Tech-Bereich gefördert

und dem Arbeitsmangel in diesem Wirtschaftssektor entgegengewirkt werden. Grundsätzlich ist STEP damit durchaus begrüßenswert. Ein näherer Blick auf den Kommissionsvorschlag zeigt jedoch, dass es an klaren Förderkriterien fehlt. Zudem ist bislang nicht vorgesehen, die Sozialpartner bei STEP einzubinden, was nicht nachvollziehbar ist. Denn dieses Programm hat hohe Relevanz für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Trotz der EU-Mittel, die zur Verfügung stehen werden und der von der Kommission erhofften Hebelwirkung, die die EU-Fördergelder auslösen sollen, muss der hohe Finanzierungsbedarf für diese Initiative mitbedacht werden. Es ist davon auszugehen, dass vor allem die Mitgliedsstaaten viele der Vorhaben mitfinanzieren werden. Um für die geplanten Projekte den entsprechenden finanziellen Spielraum zu schaffen, wäre eine goldene Investitionsregel daher sehr überlegenwert.⁴

Die Finanzierung des Konjunkturprogramms NextGenerationEU

Im Rahmen der Mitteilung bezieht sich die Kommission nur einmal auf das NextGenerationEU Konjunkturpaket, das allerdings mit einer wesentlichen Aussage: Infolge des raschen Anstiegs der Leitzinsen der Europäischen Zentralbank erhöhen sich auch die Kosten für die Refinanzierung des Wiederaufbau-Programms erheblich. Die Zinskosten sind aus dem laufenden Budget zu bezahlen und die für den Zeitraum von 2021 bis 2027 vorgesehenen Mittel in Höhe von 14,9 Mrd. € sind laut der Kommission nun bereits im Sommer 2023 ausgeschöpft. Die Lage ist damit mehr als prekär und es bedarf einer raschen Lösung, um die Zinszahlungen weiterhin leisten zu können.⁵



Die Stimme der österreichischen Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen für ein gerechtes Europa in allen Belangen.

@AK_EU_Int

Sozialpolitische Aspekte wie der Europäische Sozialfonds oder der Klimasozialfonds bleiben in der Halbzeitüberprüfung unerwähnt, obwohl ein stärkeres Engagement dringend nötig ist.

Laut des Brüsseler Thinktanks Brueghel ist bis 2027 nun von Zinskosten von rund 30 Mrd. € auszugehen, also mehr als doppelt so viel wie ursprünglich budgetiert.⁶ 2027 könnten die Ausgaben für Zinszahlungen bereits rund 5,3 Prozent der Budgetausgaben betragen, was im schlimmsten Fall auf Kosten anderer Programme gehen könnte. Davon betroffen könnte ausgerechnet Erasmus Plus und der Europäische Sozialfonds Plus sein, denn beide Programme finden sich in derselben Budgetkategorie, über die auch die Zinszahlungen abgewickelt werden.⁷ Wird die Obergrenze für diese Kategorie nicht angehoben, müssen die Ausgaben für die anderen Programme sinken, um die Zinsen weiterhin bezahlen zu können.

Die Europäische Kommission schlägt nun jedoch ein eigenes Sonderinstrument vor, das ausschließlich dazu bestimmt ist, die Kosten für die NextGenerationEU-Anleihen zu bestreiten. Als Zwischenlösung ist ein derartiges Sonderinstrument zwar zu begrüßen, es werden damit jedoch gleich zwei Probleme deutlich: Erstens müssen sozialpolitische Programme höhere Priorität genießen und aufgewertet werden. Es kann nicht sein, dass ausgerechnet in Krisenzeiten, in denen Unterstützungen aus EU-Programmen eine besonders wichtige Rolle spielen, sogar Kürzungen drohen. Zweitens zeigt sich damit auch, dass eine Entscheidung über die Einführung einer neuen Generation an Eigenmitteln (näheres siehe weiter unten) nun sehr rasch getroffen werden muss. Eines der wesentlichen Ziele war es, die Finanzierung des EU-Konjunkturpakets damit sicherzustellen. Nicht zuletzt deswegen ist der Rat dazu aufgerufen, einen Beschluss über die Eigenmittel so rasch wie möglich zu treffen.

Zentrale Ausgabenposten nicht angesprochen

Nicht nachvollziehbar ist, dass sich gerade in Zeiten der Krise in der Kommissionsmitteilung zur Überprüfung des EU-Budgets kein Wort zu den Fonds mit sozialpolitischer Ausrichtung findet. Bereits bei der Verabschiedung des EU-Finanzrahmens im Jahr 2020 war festzustellen, dass der Europäische Sozialfonds gekürzt wurde, statt ihn zu erhöhen. Die Halbzeitüberprüfung muss nun dazu genutzt werden, um den Europäischen Sozialfonds, den Fonds für den gerechten Übergang und den Klima-Sozialfonds entsprechend höher zu dotieren, um die von Armut bedrohten Haushalten ausreichend unterstützen zu können.

Die Gemeinsame Agrarpolitik ist zwar einer der Bereiche mit der umfangreichsten Mittelausstattung im EU-Budget, wird im Kommissionstext jedoch ebenfalls nicht angesprochen. Dabei sind bei den landwirtschaftlichen Förderungen dringend verteilungspolitische Anpassungen notwendig: Denn nach wie vor erhalten die größten 20 Prozent der Landwirtschaftsbetriebe 80 Prozent der EU-Gelder der ersten Säule.

Für alle Fonds gilt: Bei Förderungen sollten begünstigte Unternehmen endlich dazu verpflichtet werden nachzuweisen, dass sie sich an die Mindestrechte hinsichtlich der Bezahlung, den Arbeitszeiten und der Gesundheit am Arbeitsplatz halten.

Reform auf der Einnahmenseite des EU-Budgets überfällig

In einer eigenen Mitteilung äußert sich die Europäische Kommission zu den Plänen hinsichtlich der Einführung einer neuen Generation von Eigenmitteln. Demnach soll das Emissionshandelssystem (ETS) erweitert werden und ab 2027 neben Elektrizität

EU-Haushaltsplanung 2021-2027 mit deutlichen Lücken: EU-Budget im Zeichen der Krisen

tätskraftwerken, den Industriesektor und die Luftfahrt auch die Schifffahrt, den Straßenverkehr und Gebäude umfassen. 30 Prozent und damit etwa 19 Mrd. € der daraus generierten Einnahmen sollen dem EU-Budget zugutekommen.

Sollte es zu keiner Einigung über die Halbzeitrevision des EU-Budgets kommen, könnte das schlimmstenfalls zu Mittelkürzungen beim ESF und bei Erasmus führen.

Über einen neuen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus sollen Produzent:innen aus Drittländern für CO₂-Emissionen bezahlen, die bei der Erzeugung über dem Emissionsniveau gleicher Produkte innerhalb der EU liegen. Von dieser Regelung erfasst sein soll vor allem Zement, Stahl, Aluminium, Dünger und Elektrizität, die Einnahmen beziffert die Kommission mit 1,5 Mrd. € jährlich.

Auch Unternehmensgewinne sollen indirekt über einen statistischen Indikator besteuert werden, die Kommission rechnet mit Einnahmen von rund 16 Mrd. €. Dieser Vorschlag ist

allerdings geradezu perfid, denn dieses Geld soll aus den nationalen Budgets fließen und nicht in Form einer Steuer von den Unternehmen selbst. Wie unter anderem die Arbeiterkammer bereits mehrmals angemerkt hat, tragen Arbeitnehmer- und Konsument:innen überproportional zur Finanzierung des EU-Haushalts bei. Daran ändert sich auch bei diesem Lösungsvorschlag nichts, im Gegenteil: die Arbeitnehmer- und Konsument:innen werden noch stärker zur Finanzierung herangezogen. Ein EU-KÖSt-Zuschlag auf Unternehmensgewinne könnte hingegen einen Beitrag für mehr Steuergerechtigkeit liefern, da er direkt beim einzelnen Unternehmen ansetzt. Sowohl eine Finanztransaktions- als auch eine Digitalsteuer wären ebenfalls interessante Alternativen als EU-Eigenmittel. Keine der beiden Steuern wird von der Kommission in der aktuellen Mitteilung jedoch angesprochen.

Kurswechsel

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen
www.kurswechsel.at

Einzelheft: € 12,— Bestellung an: Sonderzahl Verlag
Normalabonnement: € 29,— Tel.: (0043-1) 586 80 70
StudentInnenabonnement: € 18,— E-Mail: verlag@sonderzahl.at
Auslandsabonnement: € 36,— www.sonderzahl.at



HEFT 1: Brennpunkte aktueller Krisenpolitik

Die Politik hat derzeit mit vielen großen Herausforderungen gleichzeitig zu kämpfen. Welche Chancen und welche Probleme liegen in den offiziellen Krisenantworten? Mit Beiträgen von Annamaria Simonazzi, Marica Frangakis u. a.

HEFT 2: Sozialstaat Österreich: Im Umbruch?

In den verschiedenen Feldern staatlicher Sozialpolitik wurde in weitreichender Form auf die krisenhaften Entwicklungen der letzten Jahre (Pandemie, Energiekrise, Inflation usw.) reagiert. Was bedeutet das perspektivisch für die Zukunft des österreichischen Wohlfahrtsstaates? Überwiegt Kontinuität oder Wandel – oder kommt es gar zu radikalen Brüchen? Mit Beiträgen von Emmerich Tálós, Bettina Leibetseder u. a.

HEFT 3: Zwischen Deglobalisierung und Geoökonomie

Die Vielfachkrise erschüttert die Weltwirtschaft und macht bisherige Globalisierungspolitik zum Auslaufmodell. Wie wirken sich die verschärften Konflikte um geostrategische Interessen und neue außenwirtschaftliche Prioritäten aus? Wohin führen die Rufe nach mehr Versorgungssicherheit, Resilienz oder auch strategischer Autonomie? Welche Räume eröffnen sie für Alternativen? Mit Beiträgen von Joachim Becker, Miriam Frauenlob, Oliver Prausmüller u. a.

HEFT 4: Feministische Ökonomie – progressive Krisenantworten?

Neben einer Standortbestimmung der Feministischen Ökonomie in Österreich und darüber hinaus, werden die aktuellen Krisen aus einem feministischen Blickwinkel diskutiert. Welche ökonomischen Auswirkungen haben diese Krisen auf Frauen bzw. die Geschlechterverhältnisse? Und welche Maßnahmen und welches strukturelle Umdenken sind nun (mehr denn je) notwendig?

Kritik im Abo

NextGenerationEU-Konjunkturpaket

Keine eigene Mitteilung wurde zum EU-Konjunkturpaket veröffentlicht, über das die Mitgliedsstaaten insgesamt 806,9 Mrd. Euro an Förderungen erhalten sollen. Für Österreich sind 3,75 Mrd. Euro aus EU-Mitteln vorgesehen. 37 Prozent der Gelder sollen für den grünen Wandel und 20 Prozent für den digitalen Wandel verwendet werden. Österreich finanziert mit diesen Geldern unter anderem die Einführung des KlimaTickets, den Reparaturbonus, ein Community Nursing-Projekt zur Gesundheitsförderung und -prävention und ein Projekt bei dem Schüler:innen Notebooks und Tablets zur Verfügung gestellt werden.⁸ Bislang hat Österreich 700 Mio. € an Zahlungen erhalten, die letzte Zahlung soll 2026 erfolgen.⁹ Wie bereits weiter oben erwähnt, liegt das Hauptproblem beim Konjunkturpaket in den Zinszahlungen, die nun wesentlich höher sind als geplant und einer raschen Lösung bedürfen.

Rasche Anpassungen notwendig

Die Bestandsaufnahme zeigt, dass die EU-Ebene und hier vor allem der Rat nun rasch auf die durch die Krisen entstandenen fi-

nanziellen Herausforderungen reagieren muss. Das geplante neue Programm STEP ist durchaus zu begrüßen, es braucht aber klare Regeln, die Einbindung der Sozialpartner und entsprechende finanzielle Spielräume, um die Plattform auch erfolgreich umsetzen zu können. Aufgrund der Krisen müssen sozialpolitische Maßnahmen auch auf EU-Ebene noch deutlicher in den Vordergrund treten und finanziell entsprechend aufgewertet werden. Priorität muss auch eine Einigung bei den neuen Eigenmitteln haben, denn davon hängt auch der Erfolg von NextGenerationEU ab und ein ausbleibender Erfolg könnte schlimmstenfalls sogar zu Kürzungen bei den Programmen Erasmus und dem Europäischen Sozialfonds zur Folge haben.

Frank Ey, AK Wien
frank.ey@akwien.at

-
- 1 Kommissionsmitteilung zur Halbzeitrevision des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021 – 2027 vom 20. Juni 2023, COM_2023_336_1_EN_ACT_part1_v4.pdf (europa.eu), abgerufen am 17 August 2023.
 - 2 Türkei: Fast 51.000 Menschen bei Erdbeben gestorben - ZDFheute, abgerufen am 21. August 2023.
 - 3 Menschenrecht: EU-Parlamentarier kritisieren tunesischen Migrantendeal – EURACTIV.de, abgerufen am 21. August 2023.
 - 4 Achim Truger, Studie zur Implementierung der Goldenen Regel für öffentliche Investitionen in Europa vom März 2015.
 - 5 Kommissionsmitteilung zur Halbzeitrevision des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021 – 2027 vom 20. Juni 2023, COM(2023) 336 final, abgerufen am 21. August 2023.
 - 6 Thinktank Bruegel, The rising cost of European Union borrowing and what to do about it (bruegel.org), abgerufen am 22. August 2023.
 - 7 Handelsblatt vom 2. Juni 2023, Leitzinsen belasten EU-Budget: „Von der Leyen hat sich verzockt“, abgerufen am 22. August 2023.
 - 8 Jahreskonferenz zur Umsetzung des EU-Aufbauplans in Österreich, abgerufen am 22. August 2023.
 - 9 Recovery and Resilience Scoreboard (europa.eu), abgerufen am 22. August 2023.

DEMOKRATIEN UNTER DRUCK REICHT DAS DEMOKRATIEPAKET DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION AUS?

Von
Frank Ey

Die repräsentative Demokratie stellt einen der grundlegenden Werte in der Europäischen Union dar. Damit ein Land Mitglied der Europäischen Union werden kann, muss es unter anderem sicherstellen, dass es die demokratischen Werte achtet und sich für deren Förderung einsetzt. Doch welche Rolle spielt die Demokratie im Alltag? Wie die Kommission erst vor wenigen Monaten selbst feststellte, gibt es in einigen EU-Mitgliedsstaaten und Drittstaaten demokratiepolitisch beunruhigende Entwicklungen. Sie kündigte aus diesem Grund ein Maßnahmenpaket an.

**Das Ziel der
Stärkung der
Demokratien in
der EU gewinnt
nur sehr lang-
sam an Fahrt.**

In den vergangenen Jahren haben die EU-Institutionen bereits einige Schritte ergriffen, um die Demokratie auf EU-Ebene zu stärken. Darunter fällt insbesondere die Einführung der Konditionalität zum Schutz des EU-Haushalts im Jahr 2018, die nun seit 2021 zum Einsatz kommt. EU-Staaten können demnach Förderungen gekürzt oder gestrichen werden, wenn sie die im EU-Vertrag verankerten Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit nicht einhalten.

In ihrer Antrittsrede am 15. Juli 2019 vor dem Europäischen Parlament hat Kommissions-Präsidentin Ursula Von der Leyen weitere Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie in Europa versprochen.¹ Unabhängige und faire Wahlen, die Förderung von Medienfreiheit und Medienpluralismus sollen damit gesichert werden. Der Verbreitung von Desinformationen und verdeckte ausländische Einflussnahme sagt die Kommission den Kampf an.

In der Zwischenzeit hat die Europäische Kommission Rechtsvorschläge zur Transparenz und zum Targeting politischer Werbung² sowie zur Korruptionsbekämpfung³ vorgelegt. Zudem hat die Kommission eine Konsultation zu einem Maßnahmenpaket zur Verteidigung der Demokratie vor verdeckter ausländischer Einflussnahme durchgeführt.⁴

Alle drei Themenbereiche befinden sich noch in Verhandlung und werden daher in absehbarer Zeit noch nicht in Kraft treten.

Dass diese Maßnahmen sehr spät kommen, haben die Entwicklungen der letzten Jahre gezeigt. Die Missstände in mehreren EU-Mitgliedsstaaten sowie in den EU-Institutionen selbst zeigen wie überfällig dieses Vorhaben ist, wie im Folgenden beschrieben wird.

Ungarn: Demokratie oder nicht mehr?

Zu den Ländern in der Europäischen Union, die demokratiepolitisch am problematischsten agieren, ist Ungarn sicher zuallererst zu erwähnen. Bei zahlreichen ungarischen Vorhaben wie dem Mediengesetz, der Justizreform, dem Hochschulgesetz oder hinsichtlich von Asylbestimmungen hat Orbáns Regierung massiv gegen EU-Grundsätze verstoßen. 2015 kokettierte der ungarische Premier sogar mit der Idee, in seinem Land die Todesstrafe wiedereinzuführen.⁵

Ein Besuch von Vertreter:innen des Haushaltskontrollausschusses des Europäischen Parlaments in Ungarn im Mai 2023 zeigte, dass sich an der Einstellung der ungarischen Regierung nach wie vor nichts geändert hat. Manager von österreichischen, deutschen und französischen Unternehmen berichten, dass sie unter Druck gesetzt werden, unga-

Demokratien unter Druck: Reicht das Demokratiepaket der Europäischen Kommission aus?

Ungarn und Polen agieren in der EU demokratiepolitisch am problematischsten. Mit dem Rechtsstaatlichkeitsverfahren gibt es nun aber eine Handhabe dagegen.

rischen Oligarchen Anteile an ihren Firmen abzugeben. Passiert das nicht, werden sie mit Schikanen überzogen: Demnach tauchten auch schon bewaffnete Geheimdienstleute mit einem Übernahmeangebot bei den Firmen auf oder es gab plötzlich Inspektionen und behördliche Anordnungen. Sogar von „Besuchen“ bei der Familie zuhause wird berichtet.⁶

Das Europäische Parlament steht den Entwicklungen in Ungarn äußerst kritisch gegenüber und spricht in einer Entschließung vom September 2022 sogar von einer Wahlautokratie, die systematisch europäische Werte untergrabe. Es fänden zwar Wahlen statt, demokratische Normen und Standards würden aber nicht eingehalten werden. Den Rat fordert das EU-Parlament auf, ihre zögerliche Haltung zu beenden und Maßnahmen gegen das ungarische Verhalten zu setzen.⁷

Probleme auch mit Polen

Als problematisch muss auch die Beziehung zu Polen beschrieben werden. Denn auch dort wurde die Medienfreiheit massiv beschnitten und durch Einzelmaßnahmen auf Linie gebracht. Zudem wurde das Justizsystem umgekrempelt und der Verfassungsgerichtshof entmachtet.⁸

Der jüngste EU-Rechtsstaatlichkeitsbericht äußert erhebliche Kritik an Polen und listet zahlreiche Verfehlungen auf, die umgehend behoben werden sollen.⁹ Haarsträubend ist in Bezug auf die bevorstehenden Wahlen in Polen vor allem das sogenannte „Anti-Tusk-Gesetz“, das einen politischen Machtwechsel verhindern soll. Offiziell dient das Gesetz dazu „russische Agent:innen“ von öffentlichen Ämtern auszuschließen. Personen, die aufgrund dieses Gesetzes verurteilt werden, können dagegen beru-

fen, allerdings ist dafür ein Sondergericht zuständig und bis zu einem Urteil kann es Jahre dauern.¹⁰

EU-Rechtsstaatlichkeitsverfahren wirkt

Sowohl im Falle Ungarns als auch Polens laufen mehrere Verfahren wegen Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit.¹¹ Für Ungarn geht es mittlerweile um Mittel in Höhe von rund 30 Mrd. € aus dem Kohäsions- sowie dem Wiederaufbaufonds, die bislang eingefroren wurden.¹²

Aufgrund der zahlreichen Verstöße gegen EU-Recht hat die Europäische Kommission derzeit sogar rund 110 Mrd. € an Fördermittel für Polen eingefroren. 75 Mrd. € betreffen den Kohäsionsfonds, rund 35 Mrd. € den EU-Wiederaufbau-Fonds NextGenerationEU.¹³

Beide Länder haben Reformmaßnahmen präsentiert, mit denen sie eine Aufhebung der Maßnahmen erreichen wollen. Die Europäische Kommission hat beispielsweise die Justizreform Ungarns begrüßt, macht aber darauf aufmerksam, dass Ungarn damit erst vier von 27 Meilensteinen auf dem Weg zur Auszahlung der EU-Förderungen erreicht hat.¹⁴ Die von Polen vorgeschlagene Justizreform jedoch wurde vom Europäischen Gerichtshof abgelehnt. Unter anderem fehle es nach wie vor an Garantien hinsichtlich eines unabhängigen und unparteiischen durch Gesetz errichteten Gerichts.¹⁵ Wegen der Säumigkeit bei der Umsetzung der Justizreform musste Polen bislang mehr als 550 Mio. Euro Strafe ins EU-Budget abführen.

Von Interessenkonflikten bis zu Korruption in EU-Institutionen

Korruption, also Missbrauch der eigenen Machtposition zum eigenen Vorteil, schadet den Demokratien, der Gesellschaft und der

Im internationalen Vergleich schneidet die EU bei der Vermeidung von Korruption gut ab. Es gibt aber bei den EU-Ländern und den EU-Institutionen negative Ausnahmen.

Wirtschaft als Ganzes und ist auch in der Europäischen Union ein Problem, wie Vorfälle in diesem Jahr bereits gezeigt haben. Grundsätzlich liegen viele EU-Mitgliedsländer im Korruptionswahrnehmungsindex sehr gut und es gibt nur wenig Machtmissbrauch.¹⁶ Im Ranking des von Transparency International erstellten Index sind sieben EU-Staaten unter den Top Ten-Ländern mit der geringsten Korruption. Zu den drei EU-Staaten mit dem EU-weit höchsten Grad an Korruption zählen Rumänien (Rang 63), Bulgarien (Rang 72) und wenig überraschend Ungarn (Rang 77) als schlechtestes EU-Land. Österreich ist in diesem Ranking im Vergleich zu den Vorjahren abgerutscht und befindet sich nur mehr auf Platz 22 (2021 Platz 13). Zum Vergleich: Dänemark und Finnland befinden sich auf den Plätzen eins und zwei, Deutschland auf Platz 9.¹⁷

In den EU-Institutionen selbst gab es in der Vergangenheit immer wieder Fälle von Korruption und Günstlingswirtschaft. Erst vor wenigen Monaten wurde bekannt, dass das Emirat Katar offensichtlich eine griechische EU-Abgeordnete sowie einen ehemaligen italienischen EU-Abgeordneten bestochen hat, um Einfluss auf das EU-Parlament nehmen zu können.¹⁸ Vor einigen Jahren wurde auch ein Korruptionsfall durch einen österreichischen EU-Abgeordneten bekannt, der gegen Geldzahlungen auf die Gesetzgebung im EU-Parlament im Sinne seiner „Mandanten“ Einfluss genommen hat. Die illegalen Aktivitäten des Politikers flogen auf und er wurde schließlich zu einer Gefängnisstrafe in Österreich verurteilt.¹⁹

Auf Ebene der Europäischen Kommission hat es in den letzten Jahrzehnten immer wieder Fälle gegeben, bei denen ehemalige EU-Kommissar:innen nach dem Ende ihrer Amtszeit ausgerechnet in dem Wirtschafts-

bereich tätig werden, in dem sie vorher tätig waren. Interessenkonflikte waren beispielsweise im Telekommunikations-, im digitalen und im Bankensektor zu beobachten, bei denen die zuständigen Kommissar:innen Liberalisierungsschritte setzten und dann später genau nach ihrer EU-Tätigkeit genau in diese Bereiche in hochrangige Konzernpositionen wechselten.²⁰

Mit dem von der Kommission im Mai 2023 vorgelegten Rechtsvorschlag soll die Gesetzgebung zur Verfolgung von Korruptionsdelikten verschärft werden. Regelungen zu Bestechung, Geldwäsche, Veruntreuung, unerlaubte Einflussnahme, Amtsmissbrauch und Bereicherung sollen europaweit einheitlich mit empfindlichen Strafen geahndet werden. Im Zusammenhang damit steht auch eine Empfehlung der Kommission zum Schutz von Journalist:innen und von Personen, die sich gegen derlei illegale Aktivitäten engagieren.

Derweil hat das Europäische Parlament einen neuen Verhaltenskodex gegen Korruption vorgebracht, der sicherstellt, dass es zu keinen Bestechungsfällen wie bei „Qatargate“ mehr kommt.²¹

Der Rechtsvorschlag ist dezidiert zu begrüßen. Er kommt jedoch angesichts der seit Jahren bekannten Korruptionsfälle sehr spät. Zudem haben die Verhandlungen dazu erst vor kurzem begonnen und es ist noch nicht geklärt wie der endgültige Rechtstext nach den Verhandlungen im Europäischen Parlament und im Rat aussehen wird bzw. wann er in Kraft tritt. Die Empfehlung zum Schutz von Journalist:innen ist zudem nicht ausreichend, weil sie keinerlei Verbindlichkeit für die Mitgliedsstaaten enthält, entsprechend tätig zu werden.

Wahlbeeinflussung in allen ihren Gestaltungsformen stellt ein immer größeres Problem dar und soll nun über einen EU-Rechtsakt bekämpft werden.

Zweifelhafte Methoden der Wahlbeeinflussung als zunehmendes Problem

Interventionen und Aktionen, die den Wahlausgang beeinflussen sollen, stellen ein ganz zentrales Problem dar. Desinformation sowie manipulierte Nachrichten spielen in den sozialen Medien eine große Rolle und oft ist zu hinterfragen, von wem diese Informationen stammen. Unmittelbar damit verbunden ist auch die Frage, wer derartige Aktionen finanziert. Schwerwiegende Auswirkungen können zudem Einflussnahmen auf Wahlprozesse haben. Zu nennen sind hier die Neueinteilung von Wahlbezirken, der ungerechtfertigte Ausschluss vom aktiven und passiven Wahlrecht, Stimmenkauf oder Hürden bei der Abgabe der Wahlstimme.

Derzeit steht beispielsweise gerade die polnische Regierung in Kritik, weil sie ein Gesetz verabschiedet hat, das offiziell gegen russische Einflussnahme gerichtet ist, tatsächlich aber zum Ausschluss der Wahlen von Mitbewerber:innen führen könnte. Von vielen wird dieses Gesetz daher als Lex Tusk bezeichnet, weil konkret der Oppositionsführer und ehemalige polnische Premierminister Donald Tusk unter den Anwendungsbereich dieses Rechtsaktes fallen könnte.

Mit der EU-Gesetzesinitiative soll ein EU-einheitlicher Rahmen bei politischer Werbung und Transparenz im Rahmen des Wahlprozesses geschaffen werden.²² Das Ziel der geplanten EU-Verordnung ist gezielte Werbung zu politischen Zwecken einzuschränken und dazu beizutragen, Desinformation und manipulierte Informationen wie „fake news“ in den sozialen Medien sowie Einflussnahmen rund um die Wahlen zu bekämpfen.

Der Verordnungsentwurf sieht vor, dass die neue Regelung für alle politischen Ebenen

gelten sollen, also auch für die Landes- und Gemeindeebene. Zu klären ist unter anderem welche Werbung als politisch definiert werden soll. Das könnte der Fall sein, wenn ein Akteur als politisch definiert wird oder wenn Inhalte, Zielsetzung und Kontext entsprechende Merkmale aufweisen. Nicht geklärt ist damit aber auch, ob zivilgesellschaftliche Organisationen in den Anwendungsbereich fallen. Einer der heikelsten Punkte ist jedoch die Frage der Techniken, die bei der Bewerbung angewandt werden. Bei zielgerichteter Werbung besteht immer die Gefahr des Einsatzes von sensiblen Daten wie sexuelle Orientierung, Religionszugehörigkeit, ethnische Zugehörigkeit etc.

Seit Anfang 2023 verhandeln das Europäische Parlament und der Rat über die Verordnung, bislang ohne Ergebnis. Ob es nun im Herbst zu einer Einigung kommt, bleibt offen. Damit ist auch ungewiss, ob die Verordnung bis zu den EU-Wahlen 2024 angewandt werden kann.

Demokratiepolitik in Drittstaaten

Nicht nur innerhalb der Europäischen Union, sondern weltweit werden demokratische Systeme auf die Probe gestellt, beschnitten und im schlimmsten Fall sogar gänzlich außer Kraft gesetzt. Beispielsweise bei Staaten, die durch Militärputsche in die Diktatur getrieben werden wie in Myanmar oder dem Niger. Die Europäische Union verhängte dazu Sanktionen²³ bzw. bereitet sie vor.²⁴ Ob sie erfolgreich sein werden, ist jedoch bislang unsicher.

Die Ereignisse in den USA mit dem Sturm auf das Kapitol im Jänner 2021 werden zudem nur langsam aufgearbeitet, was Grund zur Sorge ist.²⁵ Nicht zur Beruhigung trägt auch bei, dass es wenige Monate vorher bereits einen Sturm auf den deutschen Bundestag

Demokratien unter Druck: Reicht das Demokratiepaket der Europäischen Kommission aus?

Es ist klar ersichtlich, dass die Arbeiten zur Sicherung der Demokratien deutlich zu langsam vorangehen. Die entsprechende Gesetzgebung muss erheblich beschleunigt werden.

durch „Reichsbürger:innen“ gab, der jedoch wesentlich glimpflicher verlaufen ist.²⁶ Im Zuge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine hat sich Russland zu einer Diktatur entwickelt, in dem es drakonische Strafen für freie Meinungsäußerung, Demonstrationen und ähnliches gibt.²⁷ In China wiederum wurde Staatschef Xi Jinping zum Staatspräsidenten auf Lebenszeit erklärt,²⁸ während es in dem Land zunehmend unruhig wird.²⁹ Zuletzt ist mit BRICS ein neues Bündnis entstanden, das zu einem bedeutenden Teil aus Autokratien, Monarchien und Diktaturen besteht. Nur Indien und Argentinien sind demokratische Staaten. Was dieses bunte Gemisch an Staaten eint, ist teilweise heftige Kritik am Westen, was ebenfalls zu denken gibt.³⁰

Auf EU-Ebene fehlt bisher ein Konzept, wie mit diesen internationalen Veränderungen

am besten umgegangen werden soll. Eine rasche Strategie wäre jedenfalls notwendig.

Ausblick

Weltweit sind seit Jahren immer stärkere Angriffe auf die demokratiepolitischen Systeme zu beobachten. Die Initiative der Europäischen Union, Schritte für eine Sicherung der Demokratien zu ergreifen, ist daher ausdrücklich zu begrüßen. Die Arbeiten daran gehen aber leider nur sehr langsam voran, obwohl die Entwicklungen auch auf EU-Ebene besorgniserregend sind, angefangen von populistischen Parteien, die Verbreitung von Fake News über Soziale Medien bis hin zur Entwicklung von Autokratien mitten in Europa. Die Empfehlung kann daher nur sein, die Arbeiten am Demokratiepaket wesentlich zu beschleunigen.

Frank Ey, AK Wien
frank.ey@akwien.at

- 1 Parlament wählt Ursula von der Leyen zur Präsidentin der EU-Kommission | Aktuelles | Europäisches Parlament (europa.eu), abgerufen am 4. September 2023.
- 2 EU-Kommissionsvorschlag für Transparenz und Targeting politischer Werbung, abgerufen am 25. August 2023.
- 3 EU-Kommissionsvorschlag zur Korruptionsbekämpfung abgerufen am 25. August 2023.
- 4 EU-Konsultation zur Verteidigung der Demokratie vor verdeckter ausländischer Einflussnahme, abgerufen am 25. August 2023.
- 5 Ungarn und die Corona-Krise: The Dictator is coming! - A&W-Blog (awblog.at), abgerufen am 25. August 2023.
- 6 Korruption in Ungarn: „Unfassbar, was man mitten in der EU vorfindet“ | tagesschau.de, abgerufen am 25. August 2023.
- 7 Ungarn: „Zerfall der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte“ | Aktuelles | Europäisches Parlament (europa.eu), abgerufen am 28. August 2023.
- 8 Polen – der nächste Krisenfall für die Europäische Union - Arbeit&Wirtschaft Blog (awblog.at), abgerufen am 29. August 2023.
- 9 EU-Rechtsstaatlichkeitsbericht, 6.2_1_52666_count_chap_abstracts_and_recomm_en.pdf (europa.eu) abgerufen am 29. August 2023.
- 10 Umstrittenes „Lex Tusk“-Gesetz: Agentenjagd in Polen - taz.de, abgerufen am 29. August 2023.
- 11 EU-Bericht zur Rechtsstaatlichkeit, abgerufen am 29. August 2023.
- 12 Ungarn muss weiter auf EU-Gelder verzichten | DiePresse.com, abgerufen am 29. August 2023.
- 13 EU-Rechtsstaatsbericht: Schlechtes Zeugnis für Polen (faz.net), abgerufen am 29. August 2023.
- 14 EU-Kommission begrüßt Ungarns Justizreform (faz.net), abgerufen am 8. September 2023.
- 15 EU-Gerichtshof kippt Polens Justizreform – DW – 05.06.2023, abgerufen am 8. September 2023.
- 16 Kommissionsmitteilung der Europäischen Union über die Bekämpfung von Korruption vom 3. Mai 2023, JOIN(2023) 12 final
- 17 2021 Corruption Perceptions Index - Explore the... - Transparency.org, abgerufen am 25. August 2023.
- 18 Bisher fast 1,5 Millionen Euro im Zuge des EU-Korruptionsskandals beschlagnahmt - EU - derStandard.at › International, abgerufen am 29. August 2023.
- 19 Kein Strafnachlass für Ernst Strasser | kurier.at, abgerufen am 29. August 2023.
- 20 Lobbying in Brüssel | Arbeiterkammer Wien, abgerufen am 29. August 2023.
- 21 MEPs adopt rules on ethics and transparency after 'Qatargate' (euobserver.com), abgerufen am 8. September 2023.
- 22 EU-Kommissionsvorschlag zur politischen Werbung und Transparenz im Wahlprozess, abgerufen am 8. September 2023.
- 23 Pressemitteilung des Rates zu Myanmar/Birma, abgerufen am 8. September 2023.
- 24 Putsch: EU bereitet Sanktionen gegen Putschisten im Niger (handelsblatt.com), abgerufen am 8. September 2023.
- 25 ARD-Tagesschau zum Sturm auf das Kapitol, abgerufen am 8. September 2023.
- 26 Reichsbürger: Wie es zum Sturm auf den Reichstag kam | ZEIT ONLINE, abgerufen am 8. September 2023.
- 27 Russlands Hexenjagd auf die Meinungsfreiheit | Amnesty International Österreich, abgerufen am 8. September 2023.
- 28 China: Xi Jinping, Präsident auf Lebenszeit - Politik - SZ.de (sueddeutsche.de), abgerufen am 8. September 2023.
- 29 China: Wie stabil ist die Diktatur von Xi Jinping? - DER SPIEGEL, abgerufen am 8. September 2023.
- 30 Brics-Erweiterung schafft neuen Machtblock statt internationaler Zusammenarbeit - International - derStandard.at › International, abgerufen am 8. September 2023.

BUCHBESPRECHUNG

TAGE IM FEUER: ÜBERLEBT DIE DEMOKRATIE DIE KLIMAKRISE?

Von
Michael Soder

„Demokratie gibt es nur auf einem bewohnbaren Planeten – und das Klima wird sich nur mit demokratischen Mitteln retten lassen“, das ist eine der zentralen Aussagen im Buch von Jonas Schaible. Sein Konzept für eine zukunftsfähige Klimademokratie zeigt auf, wie wir die Klimakrise demokratisch bewältigen können.

Der entscheidende Hebel für mehr Klimaschutz liegt nicht im Individuellen, sondern im Politischen.

„Sie ist vielleicht die mächtigste Idee der Galaxie; Geboren in Griechenland; Millionen gibt sie Hoffnung, Diktatoren fürchten sie“ – die Demokratie. Diese Zeilen schrieb die deutschen Punkrock Band „Die Ärzte“ auf ihrem letzten Album „Dunkel“. Wir leben in unsicheren Zeiten die durch globale Krisen, Krieg, Pandemie, Klima, gekennzeichnet sind und in denen von verschiedenen Seiten die Demokratie selbst immer stärker unter politischen Druck gerät. Die komplexen Zusammenhänge, die scheinbare Alternativlosigkeit und ein sich daraus speisendes Gefühl der stummen Ohnmacht bilden die Ausgangslage für krude Verschwörungstheorien und den Wunsch nach einer starken Führungsperson, die endlich einmal durchgreift und Ordnung schafft. Doch die Unsicherheit wird weiter anwachsen, wenn wir nicht rasch Lösungen entwickeln, um mit den Krisen unserer Zeit nachhaltig umzugehen. Gelingt uns dies nicht, dann steht nicht nur die Demokratie als Errungenschaft des menschlichen Zusammenlebens auf dem Spiel, sondern noch viel mehr: unsere Lebensgrundlage.

Die Klimakrise als die wohl größte Krise des menschlichen Handelns kümmert sich nicht um unsere beständige Sehnsucht nach Stabilität. Was wir als „Normalität“ empfinden ist für sie nur ein Zustand von Vielen und in Konsequenz bedeutet unser Handeln, dass die Welt in dreißig Jahren jedenfalls

nicht mehr so aussehen wird wie wir sie heute kennen. Egal ob wir die Veränderung rechtzeitig aktiv gestalten oder ob wir uns im Chaos der Anpassung an neue Gegebenheiten zurechtfinden müssen. Nur eines ist wahrlich stabil und das ist die Notwendigkeit zur Veränderung. Heilsversprechungen nach der Bewahrung des Ist-Zustandes oder „Normalität“ sind damit schlussendlich nichts weiteres als politische Chimären. Der Treppenwitz der Geschichte ist in diesem Zusammenhang womöglich, dass eine konservative, ja reaktionäre Haltung, vor dem Hintergrund der Klimakrise in ihrem Ziel des Bewahrens des Bekannten, eigentlich revolutionär agieren müsste. Denn um das Bestehende zu bewahren ist große und rasche Veränderung nötiger denn je. Radikale Forderungen nach Veränderung müssten in ihrem Bestreben damit paradoxerweise konservativ sein.

Veränderung und Unsicherheit machen Angst. Berechtigte Angst, was diese Veränderungen für einen selbst eigentlich bedeutet und was sie von einem abverlangt wird. Deshalb ist die oft nachvollziehbare Reaktion eine vehemente Verteidigung des Bestehenden und das Infragestellen der Normalität wird grell und scharf abgelehnt. Ein Ausdruck, der durch das Fehlen von vorstellbaren Alternativen und Perspektiven nur noch verstärkt wird. So ist man eher gewillt Klimaktivist:innen als Terroristen hinter

Buchbesprechung: Tage im Feuer – Überlebt die Demokratie die Klimakrise?

Gitter bringen als die Dysfunktionalität unserer (westlichen) Wirtschaftsweise anzuerkennen. Auf der anderen Seite wird moralisiert und die Nutzung von PKWs und der Urlaubsflug im Sommer als Todesstoß der Zukunft hochstilisiert. Eine politische Gemengelage die die gemeinsame Arbeit an Perspektiven und Maßnahmen nicht gerade erleichtert. Und die Zeit läuft erbarmungslos weiter. Jedes Jahr, jeden Monat, ja jeder Tag, an dem weiter zu wenig für den Klimaschutz passiert, vergrößert die auf uns zukommenden Herausforderungen.

Die Klimakrise wird daher nicht nur umgestalten wie wir produzieren und konsumieren, sondern sie wird auch unsere demokratischen Prozesse verändern. Denn wie Jonas Schaible in seinem Buch „Demokratie im Feuer“ schreibt liegt der entscheidende Hebel für mehr Klimaschutz nicht im Individuellen, sondern im Politischen. Es mangelt nicht an Wissen und Ideen, sondern an der praktischen Umsetzung konkreter Maßnahmen und an einer Umgestaltung der Strukturen. Lebensstilfragen können niemals politische Steuerung ersetzen und sind wirkungslos, wenn eine begleitende politische Steuerung ausbleibt. Aber dasselbe gilt umgekehrt. Die Politik beschließt zwar aus ihrer Perspektive ambitionierte Maßnahmen. Ambitioniert im Sinne des politisch Möglichen, aber dies muss nicht zwangsläufig das naturwissenschaftlich Notwendige sein. Doch die Politik stapelt, nach Schaible, (Pfad-)Unsicherheit auf Unsicherheit. Das Was-Wäre-Wenn verhindert an beherztes Vorgehen und ist gleichzeitig Barriere für alles weitere.

Doch wie könnte eine Klimademokratie aussehen? Jonas Schaible versucht mit seinem Buch „Demokratie im Feuer“ Vorschläge dazu zu unterbreiten. Denn Demokratie an sich ist immer auch Demokratisierung unserer Systeme und Strukturen. Sie ist ein Prozess, kein Ort. Sie muss pluralistisch und jederzeit revidierbar sein. Durch den prozesshaften Charakter gilt es für uns, trotz der drängenden Zeit, die Gesellschaft weiter mit Demokratie zu fluten. Wie das gelingen kann? Nur durch Versuch und Irrtum. Klimademokratie ist auch ein Such- und Lernprozess. Schließlich kam es bisher in der Geschichte der Menschheit nicht oft zu so großen Veränderungen der gesamten energetischen Basis unseres Handelns.

GLOBALISIERUNGSKOMPASS

Orientierungshilfe für eine gerechte Weltwirtschaft

Herausgeberin: AK Wien, Abteilung EU & Internationales



In 28 Beiträgen und 40 Grafiken zeichnet der Globalisierungskompass eine vielschichtige Landkarte der Herausforderungen der Globalisierung und zeigt verschiedene Wege und Ansatzpunkte für eine gerechte Weltwirtschaft auf. Seit 100 Jahre kämpft die Arbeiterkammer für Gerechtigkeit – und zwar weit über die Grenzen Österreichs und Europas hinaus.

Ein Druckexemplar bestellen oder online lesen unter:
www.arbeiterkammer.at/globalisierungskompass

Buchbesprechung: Tage im Feuer – Überlebt die Demokratie die Klimakrise?

**Eine zukunfts-
fähige Klima-
demokratie
setzt sich aus
verschiedenen
Strategien
zusammen.**

Nach Schaible kann sich eine zukunftsfähige Klimademokratie aus verschiedenen Strategien zusammensetzen. Eine Wahlrechtsreform, um die Zukunft stärker ins System zu holen, eine Entprofessionalisierung von Entscheidungen über Bürger:innenräte, eine Interessensbündelung in eigenen Behörden mit Klage-, Veto- und Kontrollrechten, eine weitere Selbstbindung der Politik durch Verfassungsklauseln, Verrechtlichung und Effizienzsteigerungen in der Verwaltung inkl. der Verankerung von Klimanotständen. Einige der von Schaible ins Feld geführten Vorschläge können wir in unterschiedlichster Ausprägung bereits in der Praxis beobachten wie sozialpartnerschaftliche Transformationsräte, Transition Towns, Bürger:innenräte, Transformationsagenturen, Klimaklagen usw. Andere sind noch weit entfernt oder im Detail diskussionsbedürftig. Dazu zählt insbesondere der Umgang mit einer Notstandsgesetzgebung. Der Weg ins Ungemach ist oft gepflastert mit guten Vorsätzen. Ja, die Zeit drängt, aber es gibt keine Alternative zum Versuch, ein Mehr an Demokratie zu wagen. Auch der Wunsch,

Buchtipp

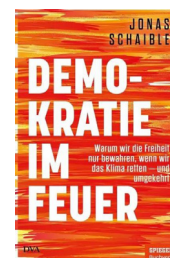
Jonas Schaible

Demokratie im Feuer

Warum wir die Freiheit
nur bewahren, wenn wir
das Klima retten und umgekehrt
Deutsche Verlags-Anstalt, 2023.

Zum Autor:

Jonas Schaible arbeitet seit 2019 als Redakteur im SPIEGEL-Hauptstadtbüro und schreibt regelmäßig über die Klimaschutzbewegung und die Klimapolitik.



aus ökologischer Perspektive rasch und hart durchzugreifen, da Demokratien oft langsam und schwerfällig sind, ist ein gefährlicher. Wie Schaible selbst schreibt, Autokratien waren und sind noch nie Vorreiter im Umweltschutz gewesen.

Michael Soder, AK Wien
michael.soder@akwien.at